

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. —
Verantwortlicher Redakteur: mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt Robert Viktorius, Magdeburg. Verlag von
Bernhard Sarbanum, Magdeburg-Neustadt. Druck von Franz Bethge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breiteweg 127.
Redaktion: Breiteweg 127 (Eingang Schrottdorferstraße). Fernsprech-Anschluss Nr. 1567.

Prämumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljahr (inkl. Demogratie) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 60 Pf. Der Kreis-
band in Deutschland monatlich 1 Gm. 170 Pf., 2 Gm. 20 Pf. Außer Deutschland und den Kolonialländern vierteljährlich
2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 25 Pf. extra. Einzelne Nummern 10 Pf. (inkl. der Postgebühren). Sonstige
Einsendungen Die Neue Welt 10 Pf. Anzeigengebühren die Anzeigenblätter 15 Pf. (inkl. Postgebühren) Nr. 1778.

Nr. 16.

Magdeburg, Donnerstag, den 19. Januar 1899.

10. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

In der Betrachtung der Thronrede kommt die Frankfurter Zeitung zu folgendem Schluss: Die Schlusssätze der Thronrede enthalten den sehr richtigen Satz, daß Verwaltung und Gesetzgebung die staatlichen Einrichtungen im Interesse aller Klassen sichern und ausbauen müsse. Wir wünschen, daß hiernach verfahren würde. Leider ist dem nicht so, und immer wieder sehen wir, wie die Interessen einzelner Klassen zum Schaden anderer bevorzugt werden. Und wenn weiter von der Entfaltung der geistigen und sittlichen Kräfte des Volkes die Rede ist, so steht damit die Unterdrückung der geistigen Freiheit, wie sie der Fall Delbrück wieder zeigt, in schneidendem Widerspruch. Solche Dinge und dazu die moralischen und wirtschaftlichen Schädigungen der Ausweisungspolitik müssen das Vertrauen stark erschüttern.

Woher kommt die günstige Finanzlage des Reiches, auf welche die neue Steuererhöhung gestützt werden soll? In der Hauptsache aus der vermehrten Einfuhr ausländischer Getreides und ausländischer Fleisches. Der Budgetkommission des Reichstags ist eine amtliche Zusammenstellung übergeben worden, aus welchen Einfuhrartikeln sich das Mehr an Einnahmen in den ersten acht Monaten des laufenden Etatsjahres zusammensetzt. Dieses Mehr beträgt gegen dieselbe Zeit des Vorjahres 26 948 773 Mark. Von diesen Mehreinnahmen entstammen 15 909 000 Mark aus der vermehrten Einfuhr von ausländischem Getreide, insbesondere von Weizen, Roggen, Gerste und Mais und 4 169 783 Mark aus der gesteigerten Fleisch-einfuhr. Die Schmalzeinfuhr hat außerdem eine Mehreinnahme von 1 071 242 Mark ergeben. Abgesehen hiervon haben erhebliche Mehreinnahmen ergeben Bau- und Ruhholz mit 1 371 735 Mark, Kaffee mit 3 339 520 Mark, Heringe mit 634 006 Mark, Thee mit 846 600 Mark, wogegen Petroleum eine Mindereinnahme von 1 514 106 Mark nachweist.

Die famosen Berliner Politische Nachrichten weisen zur Abwechslung einmal wieder nach, daß in England die Trades Unions nicht die Gesamtheit der Arbeiter vertreten. In diesem Zusammenhang sagt der Schweinburg: „Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß bei uns die einschlägigen Verhältnisse im großen und ganzen analog liegen, daß die Hauptmasse der deutschen Arbeiter im Grunde ihres Herzens von der Sozialdemokratie nichts wissen will, sich nur aus Furcht vor Drangalierungen und Brutalitäten seitens einer zu allem fähigen Minderheit von „Propagandisten der That“ zu „Mitläufern“ pressen läßt und eine gesetzgeberische Initiative, die diesen Eindruck von ihr nähme, als eine Erlösung vom Joche sozialdemokratischer Tyrannei begrüßen würde. Das wissen die führenden „Genossen“, daher die Wut, womit sie immer und immer wieder über das „Zuchthausgesetz“ herfallen.“ Unsere Leser wären berechtigt, schwere Vorwürfe wider uns zu erheben, wenn wir ihnen diese gaulische Scherzhaftigkeit unterschlagen würden. Der Schweinburg, der politischen Ingrimm zur Schau trägt, ist eine nicht unpassige Figur.

Die im Pflöner Kreise erlassene Polizeiverordnung, die das Verabreichen von Almosen an Wanderbettel unter Strafe stellt, ist von dem Berufsgericht für rechtsgültig erklärt worden. Recht so! Wenn man das Betteln bestraft und das Almosengeben bestraft, dann muß doch endlich die Not verschwinden.

Die Lockspitzelei

Ist von einem deutschen Richter in öffentlicher Gerichtsitzung gebrandmarkt worden, allerdings nur die unpolitische. Es kam dazu in dem Prozeß Grünmacher, der vor dem Landgericht Berlin I vorige Woche verhandelt wurde. Der Angeklagte Grünmacher betrieb das ausrückige und vielleicht deshalb gerade in der heutigen Gesellschaft so sehr einträglich Geschäft eines Privatdetektivs. Als früherer Kriminalkommissar wußte er mit allen Schlichen und Pfiffen der üblichen Methoden der Verbrecheraufspürung Bescheid. Bedurfte z. B. eine Ehefrau eines Beweises für die Untreue ihres Gatten, so bespitzelte er nicht nur den Sünder auf Schritt und Tritt, sondern hatte einige Prostituierte in Dienst genommen, die sich angelegen sein ließen, den bespitzelten Gatten zum Ehebruch zu verleiten, um sich dann mit ihm auf frischer That durch den Privathüter von Ordnung, Sitte und Religion, Herrn Grünmacher, ertappen zu lassen. Das Geschäft ist glänzend lange Zeit gegangen und würde noch weiter gehen, wenn nicht Herr Grünmacher so unvorsichtig gewesen wäre, sich beim Meineid ertappen zu lassen. Er ist auf 2 1/2 Jahre ins Zuchthaus geschickt worden. Als durch die Verhandlungen die unfauberen

Geschäftspraktiken dieser Gesellschaftsstufe klargelegt wurden, äußerte der Vorsitzende:

Das ist etwas so Gemeines, wie man sich gar nicht denken kann. Nicht bloß Ihr Institut, sondern auch noch andere Detektiv-Institute begnügen sich leider nicht damit, Verbrechen aufzudecken, sondern leihen direkt Leute aus, um einen Ehebruch zu konstruieren. Das ist wirklich schmachvoll.

Sehr richtig; aber doch um keinen Cent schmachvoller, als die Praxis der Leute, die politische Lockspitzelei ausüben. Daß die Spitzelei immer auch in Lockspitzelei auszuwachsen muß, beruht auf einem unabänderlichen Triebe der menschlichen Natur. Der Spitzel empfindet den Berufsdrang, möglichst viel zu ermitteln. Auf der Fülle der erpitzelten Thatsachen und dem Wert der eingefangenen Opfer beruht sein eigenes Fortkommen. Da handelt er schließlich genau so, wie der Jäger, der Lockspeien in die Fallen legt, der Fischer, der Köder auf den Angelhaken speist. Um das Lockspitzelwesen zu kennzeichnen, ist die Episode Grünmacher sehr wertvoll.

Parlamentarische Nachrichten.

Stimmungsbilder aus den Parlamenten.

Deutscher Reichstag.

t- Die zweite Lesung des Etats brachte die Erörterung des Lippischen Handels. Rechtsanwalt Leuzmann von der freisinnigen Volkspartei war es, der beim Etat Reichskanzler und Reichstagskanzlei die Materie anschnitt. Er griff den Beschluß des Bundesrates in schärfster Form an. Seine juristischen Deduktionen deckten sich etwa mit denen, die Professor Binding in Leipzig kürzlich entwickelt hat. Der Reichskanzler verlas eine Antwort, die keine war, weil sie ein Eingehen auf den Gegenstand vor dem Forum des Reichstags ablehnte. Diese Art der Erledigung mußte aber in den Reihen der Regierung selber als nicht genügend empfunden werden, denn nachdem das Centrum sich durch den Mund Liebers mit den Ausführungen Leuzmanns grundsätzlich einverstanden erklärt hatte und auch Herr v. Levetzow für die Konservativen wenig Luft bezeugt hatte, eine Lanze für den Schanburger zu brechen, nahm Graf Pobjedonowsky das Wort, um eine Rechtfertigung des Bundesratsbeschlusses zu versuchen. Das Haus nahm seine Darlegungen mit großer Gleichgültigkeit auf. Der Gegenstand wurde verlassen, da die übrigen Parteien auf eine ausdrückliche Stellungnahme verzichteten. Beim Etat des Reichskanzlers des Innern brachte Molkenbühr die mit dem Gesetze nicht vereinbare Bemessung der Renten für die Schiffmannschaften zur Sprache.

Preussischer Landtag.

x- Die Landratskammer des preussischen Abgeordnetenhauses ist am Dienstag zu ihrer zweiten Plenarsitzung und ersten geschäftlichen Sitzung zusammengetreten. Zunächst wurde die Präsidentenwahl vollzogen. Da die drei Inhaber der früheren Präsidentensitze aus der letzten Session der verfloffenen Legislaturperiode zufällig wieder sämtlich Mitglieder des Hauses sind, wurde die Wahl per Acclamation vorgenommen und der noch ziemlich jugendliche Herr v. Kröcher, ein echter mächtiger Junker, in seinem ganzen selbstbewußten Auftreten bestieg den Präsidentensitz. Er widmete zunächst dem Fürsten Bismarck einen Nachruf. Eine Stelle richtete sich darin gegen die Sozialdemokratie. Herr v. Kröcher sprach nämlich die Ansicht aus, daß jeder königstreue gesinnte Mann den Hingang des Reichsheros tief betrauert müsse und vindizierte sämtlichen Mitgliedern des Hauses diese königstreue Gesinnung, also auch den beiden Dänen und den zahlreichen Polen. Er sprach dann weiter die Hoffnung aus, daß auch in Zukunft nur königstreue Männer Mitglieder des Hauses sein möchten. Das kann nichts anderes als ein versteckter Hieb gegen unsere Partei aufgefaßt werden, die ja die Beteiligung an den Landtagswahlen und die Eröberung von Mandaten eifrig diskutiert hat. Nun, Herr v. Kröcher mit seinem Anhang und die königlich preussische Regierung werden es vorläufig schon durch Ausrechterhaltung des die große Masse des Volkes entrechtenden Wahlsystems dahin bringen, daß die königstreuen Männer unter sich bleiben. Daß es ihnen für alle Zeit, wie Herr v. Kröcher wünscht, gelingen wird, ist aber nicht anzunehmen. Die Sozialdemokratie wird immer mehr eine Macht, mit der auch die preussischen Junker zu rechnen haben werden.

Auf der Tagesordnung stand die Einbringung des Etats durch den Finanzminister Herrn von Miquel. Die Landräte haben den durch die Freiheit geheiligten Brauch geschaffen, daß die Etatsrede des Finanzministers ohne Erwiderung ins Parlament geht. Das geschah hier für eine regierungsfremde Volksvertretung. Diesmal wäre auch eine Erwiderung sehr schwer gewesen, denn der Finanzminister war selbst den Abgeordneten, die in seiner Nähe saßen, nur schwer verständlich. Soweit man ihn aber auf der Tribüne hören konnte, ignorierte

Die Sorge um den Magen und die Gesundheit des Volkes.

Pv. Es ist rührend, wie sehr die deutschen Agrarier um die Gesundheit der deutschen Arbeiter besorgt sind — wenn es sich um die Einfuhr von billigen amerikanischen Fleischwaren handelt. Eher wollen sie den Arbeiter total auf vegetarische Kost setzen, eher werden sie ihn verzehrun lassen, als daß in seinen Magen ein Stückchen amerikanischer Wurst kommt, die nicht vorher unter die Lupe genommen worden war.

Wir sind weit davon entfernt, anzunehmen, daß die amerikanischen Großschlächter ihr Geschäft nur zu dem Zweck betreiben, um als Wohltäter der Menschheit zu erscheinen; wir wissen sehr gut, daß sie sich keine Gewissensbisse daraus machen würden, das Volk in Massen zu vergiften, wenn das ihnen nur Geld in Hausen einbringt — aber ebenso wenig glauben wir an die zärtliche Fürsorge um die Volksgeundheit, welche die ostelbischen Junker dabei zur Schau tragen. Was frisches Fleisch ist, weiß der Arbeiter ebenso gut, wie der Gutsherr oder Fabrikant, und er würde sich ein englisches Beestack ebenso gut schmecken lassen, wie dieser — wenn er statt dessen ein Endchen billiger Wurst kauft, so geschmeckt es, weil ihm das Geld auch dazu noch kann reicht. Schafft Geld in die Tasche des Arbeiters, erhöht die Löhne — und dann wird er schon selbst am besten für seinen Magen und seine Gesundheit sorgen. Aber die Löhne hält man knapp und die Lebensmittelpreise hält man hoch — wenn der Arbeiter dann unter ungenügender Nahrung verkümmert, so soll er der Wohlthätigen danken, daß sie ihm den Genuß von Fleisch verweigert, das vielleicht verdorben sein könnte.

Wir sind keine Gegner der Lebensmittelkontrolle — das ist wie mit der Fabrikinspektion, wenn man dem Ausbeutertum nicht gewisse Schranken setzt, verdirbt es Kraft und Gesundheit der Arbeiter — aber wir sind dagegen, daß man die Lebensmittelkontrolle so einrichtet, daß dadurch die Deckung des Lebensmittelbedarfs der Arbeiter eingeschränkt wird. Schafft gesunde Lebensmittel, aber verteuert sie nicht. Ist das möglich? Gewiß. Wie wollen uns hier nicht in einen Streit darüber einlassen, wie weit die Lebensmittelkontrolle gehen muß, was notwendig und was bloß eine Schikanierung ist. Mag sein, daß die Einfuhr bestimmter Fleischwaren direkt verboten werden muß, wir wollen es für einen Augenblick zugeben — aber dann fordern wir: **Seht die Viehzölle auf! weg mit den Vieheinfuhr-Verboten!** Man rühmt sich der Fleischbeschau, die in Deutschland besteht, und noch mehr derjenigen, welche namentlich durch Reichsgesetz eingeführt werden soll — nun wohl denn, wenn das Vieh in Deutschland geschlachtet wird, dann ist das Fleisch gut, wir können also ohne Sorgen sein.

Schafft uns billiges Vieh ins Land, und wir bekommen billiges Fleisch.

„Ja, aber die Seuchen“, rufen die Agrarier. „Aber das ist doch nicht mehr die Sorge um die Volksgeundheit“, antworten wir. Verseuchtes Vieh wird nicht geschlachtet, dafür sorgt die musterhafte deutsche Fleischbeschau. „Aber die Verluste der Landwirte“, heißt es weiter. Diesem ist leicht abgeholfen, als dem Fleischmonopol, das Mittel heißt: Viehvericherung!

Mögen doch die Landwirte ihr Vieh gegen Seuchen versichern, wie sie ihre Häuser gegen Brand versichern, dann wird ihnen der Schaden gedeckt. Was sie dabei an Prämien zu bezahlen hätten, beträgt viel weniger, als was das Volk an dem durch Verhinderung der Vieheinfuhr verteuerten Fleisch und Schmalz mehr zu bezahlen hat. Diese Viehvericherung thut den Landwirten auch sonst not, denn die Seuchen brauchen nicht erst eingeschleppt zu werden, auch so sterben in Deutschland 8 Prozent des Viehbestandes jährlich an Seuchen. Aber zu gleicher Zeit, wo die Agrarier gegen das angeblich schädliche amerikanische Fleisch ins Feld ziehen, suchen sie mit aller Macht die teuren Fleischpreise aufrechtzuerhalten.

Wir erklären weiter: **beseitigt die Getreidezölle.** Wenn das Volk schon das Fleisch entbehren soll, so gebt ihm wenigstens mehr Brot und weniger Kartoffeln zu verzehren. Wenn das Brot billiger ist, kann der Arbeiter auch eher etwas mehr für Fleisch ausgeben.

Wir hätten noch andere Vorschläge, doch auch das genügt, um die laubere Wirtschaftspolitik zu kennzeichnen, die Fürsorge um die Volksgeundheit heuchelt und selbst durch ihre Ausbeutung an Mark und Lohn des Volkes zehrt.

Feuerbestattung. In das Abgeordnetenhaus haben sämtliche preussische Feuerbestattungs-Vereine die Petition gerichtet, das Haus wolle die Staatsregierung ersuchen, die zur Einführung der fakultativen Feuerbestattung in Preussen erforderlichen gesetzgeberischen Massregeln zu treffen. Dem Gehuch ist eine ausführliche Begründung beigegeben, von deren vorurteilsfreier Prüfung man eine wohlwollende Berücksichtigung der Petition erwartet.

Nachrichten aus Magdeburg.

— **Albert Schmidt hat das an den königlichen ersten Staatsanwalt gerichtete Gesuch, ein Verfahren gegen ihn einzuleiten zu wollen, schriftlich begründet.** Das Schreiben ist Dienstag nachmittag auf die Post gegeben.

— **Das Tagesgespräch in Magdeburg** ist noch heute die Verurteilung des Redakteurs Müller und die hieran sich knüpfenden Ereignisse. Ueber den Ausgang ist die Meinung geteilt. Es wird angenommen, daß die Verurteilung Müllers nicht aufgehoben und Schmidt sich nutzlos geopfert hat. Man schließt dies aus dem Vorgehen der Behörde, den Verfasser des intrinseken Artikels zu ermitteln. Ueberdies liegt man die bestimmte Erwartung, daß das freimütige Geständnis Schmidts den verurteilten Müller vollkommen entlastet und Schmidt nicht so hoch bestraft wird, da wie er nachweisen kann der Artikel gar nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, seine Veröffentlichung auf eine Anspielung zurückzuführen ist. Wie enthalten uns jeder Aeusserung und warten ruhig den Verlauf der Dinge ab.

— **Die Welt am Montag** bespricht das gegen den Redakteur August Müller gefällte Urteil und schreibt: „Was Posadowsky hat wirklich recht: wir leben in dem Lande der vollkommenen Rechtsgarantie. In welchem anderen Lande hat die beleidigte Majestät wohl solche Garantien, Ehre für den Rechtsbruch zu finden, wie bei uns? Hell urst! Die Kulturgeschichte unserer Zeit ist um ein Blatt bereichert, das kommenden Geschichtsschreibern von unermeßlichem Werte sein wird. Das zur Miste gehende 19. Jahrhundert hat einen Gipfel erreicht. Und auf diesem Gipfel thronen Herr Fromme, der Vorsitzende der Magdeburger Strafkommission. Herr Fromme darf die Gerechtigkeit haben, daß sein Name nicht vergessen wird.“

— **Die Geschäftsbilder der Volkstimme** werden am kommenden Sonnabend auf dem Sekretariat der königlichen Staatsanwaltschaft einseigt. Dem Geschäftsführer ist anheimgegeben, diesem Orte beizuwohnen. Dies wird geschehen.

— **In unserer heutigen Beilage** finden unsere Leser eine **Spitzelaffäre** aus der Reichsgerichtspräsidenten. Wir empfehlen dieselbe unseren Lesern zur besonderen Beachtung. Je größer die Partei wird, desto leichter wird auch hier und da ein zweifelhaftes Element sich in den Vordergrund drängen können, desto größer muß darum die Vorsicht der Parteigenossen sein. Im übrigen hat die Sozialdemokratie keine „Geheimnisse“, ihre Thaten geschehen im Lichte der Öffentlichkeit und das für Spitzeler angewandte Geld ist weggeworfen.

— **Am Montag** legen in **Selbstst. 6 Auszugmacher der Saalfeld'schen Patentgesellschaft wegen Lohnabzugs die Arbeit nieder.** Die Streikenden sind sämtlich Verbandsmitglieder.

— **Nach den Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung** am 15. Dezember v. J. hat die Direktion des Stadt-Theaters die **Entschädigung der Feuerwehrlente** sofort erhöht. Seit 17. Dezember v. J. erhalten sie folgende Vergütungen: 1. bei Abendvorstellungen der Oberfeuermann je 1.50 Mark, der Feuermann je 0.90 Mark; 2. bei Nachmittagsvorstellungen der Oberfeuermann je 0.90 Mark, der Feuermann 0.60 Mark. — Im Wilhelm-Theater und Victoria-Theater erhält der Oberfeuermann bei jeder Vorstellung 1 Mark, der Feuermann 0.75 Mark; bei Circus-Vorstellungen je 2.50 Mark bezw. 2 Mark; bei Spezialitäten-Vorstellungen im Circus wird an den Feuermann 1.20 Mark für den Abend gezahlt.

— **Der inzwischen seines Dienstes entlassene Schumann** Geisler, welcher wegen Vergehens in im Ute resp. Körperverletzung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde, ist entflohen. Geisler war einer jener Schutzeleute, die am Tage der Reichstagswahl „ihrer Instruktion gemäß“ die Kaiserstraße zu räumen und mit „aller Energie vorzugehen“ hatten. Geisler war bei seinen Vorgehenswegen seiner „Pflichttreue“ sehr angelegen. Jetzt hat dieser das Weite gesucht. Daß so etwas aber auch gerade in Magdeburg passieren muß. Ob Geisler nicht aus dem „Schweizer-Landen“ Geisse an seine Kameraden schickt?

— **Ueber die Veränderung der Magdeburger Schulverhältnisse** erzählt die Magdeburger Zeitung, daß es in der Absicht des Magistrats liegt, die sechsstündige Volksschule in eine siebenstündige umzuwandeln. Das Schulgeld für die achtstündige Bürgerschule soll von Ostern 1899 ab 30 Mark für das Jahr betragen.

— **Die am Donnerstag stattfindende Stadtverordneten-Sitzung** hat 21 Tagesordnungspunkte zu beraten.

— **Nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts darf nach dem Tode eines Gewerbetreibenden ein konzeptionspflichtiges Gewerbe für Rechnung der Witwe während des Wittwenstandes oder für Rechnung der minderjährigen Erben durch einen Stellvertreter betrieben werden.** Der Betrieb kann für Rechnung der Witwe und der Kinder betrieben werden; scheidet die Witwe aus, so bleiben die Kinder im Genuß der Konzeption. War aber das Geschäft nur auf Rechnung der Witwe betrieben worden, so können die Kinder nach dem Ausscheiden der Witwe nicht mehr eintreten.

— **Eine Polizeiverordnung** hatte den Arbeitgebern vorgeschrieben, daß sie Arbeiter nicht annehmen dürfen, die den im § 2 des Gesetzes von 1851, betreffend die ländlichen Arbeiter, erwähnten Personen gleichzustellen sind, falls die Arbeiter keine Legitimationspapiere besitzen. Diese Verordnung ist ungültig.

— **Nach einer Entscheidung des Kammergerichts** wird als Voraussetzung für einen **Schuldvertrag** angenommen, daß der Verkäufer des Wares einen Namen oder Platz zur Verfügung hat, wo er anderen Personen den Kaufschluß unterliegen kann.

— **Zweite Gaitzert** wird auch nächstens hier in Magdeburg auftreten. Wegen des Auftretens der bedeutenden Sprechergängerin hatte, wie wir auswärtigen Mätern entnehmen, das erstbühnliche General-

vikariat in Köln bei dem dortigen Polizeipräsidenten Beschwerde erhoben. Glücklicherweise ging der Einfluß der Beschwerdeführer nicht so weit, um die Vorstellungen gänzlich zu verbieten.

— **Eine neue Uniform** sollen die unteren Postbeamten am 1. April d. J. erhalten, es ist die sogenannte Dilewka.

— **Der Kanariengärtnerverein „Ornis“** veranstaltete am Sonnabend und Sonntag eine **Kanarien-Ausstellung** die nur von Mitgliedern besucht und besucht werden konnte. Eine Prämierung fand ebenfalls statt.

— **In einem hiesigen Blatte** finden wir folgendes Inserat: Dame sucht einen ansehnlichen jungen Mann als Reisegefährten. Gest. Offerten, möglicht mit Photographie an die Exped. d. Bl. ufw.

Ob der hier bestehende Verein zur Hebung der Sittlichkeit Nachhergen zur Ermittlung des Namens der betr. „Dame“ anstellen wird?

— **Frau Schöne geb. Kappholz** aus Odenstedt, an der von ihrem Manne ein Mordversuch verübt wurde, ist am Dienstag aus dem altstädtischen Krankenhaus entlassen worden, da sie sowohl wieder hergestellt, daß keine Gefahr für ihr Leben mehr besteht.

— **Unfälle.** Der Arbeiter Wilhelm B. hatte sich beim Beladen eines Wagens durch Fallen von der Lausdiele einen Knöchelbruch zugezogen. Die Wundheilung Margarete G. ist im Geschäft gefallen und hat sich die Kniekehle gebrochen. Beide Verletzte fanden Aufnahme im altstädtischen Krankenhaus.

Magdeburger Justiz.

Preskripten.

Magdeburgische Zeitung: Kürzlich ist, wie wir mitgeteilt haben, der Redakteur der Volkstimme, Herr Müller, zu der sehr hohen Gefängnisstrafe von 4 Jahren wegen Majestätsbeleidigung verurteilt worden. Seinen Einwand, daß er von dem betreffenden Artikel keine Kenntnis gehabt habe und zur Zeit gar nicht in Magdeburg gewesen sei, hat das Gericht, wie berichtet wurde, nicht als straf-ausschließend erachtet. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, und wir können deshalb nur unter allen Vorbehalten berichten. Ein auswärtiges Blatt hatte auf den § 20 des Preskriptgesetzes hingewiesen, der in seinem zweiten Abschnitt lautet:

„Ist die Druckschrift eine periodische, so ist der verantwortliche Redakteur als Täter zu bestrafen, wenn nicht durch besondere Umstände die Annahme seiner Täterschaft ausgeschlossen wird.“

Das Gericht, welches den Einwand Müllers nicht gelten ließ, wird sich aber auf die Rechtsprechung des Reichsgerichts gestützt haben. Dieses hat (Rechtspr. Band 4 Seite 352) unter anderem gesagt:

„Im Fall der vorübergehenden Behinderung des Redakteurs aus persönlichen Gründen liegt ein Mittel der Befreiung von der Verantwortlichkeit darin, daß ein geeigneter Stellvertreter eintritt und als Redakteur genannt wird. . . . In Erwägung seiner gesetzlichen Pflicht als Redakteur hat er sich in seinen Redaktionsgeschäften auf die gelegentlich zulässige Art vertreten zu lassen. . . . Ueberhaupt ist jede durch Fahrlässigkeit verursachte Unkenntnis ungeeignet, vor der Strafe zu schützen.“

Hiernach werden durch die Schlussklausel des Abs. 5 nur jene Fälle getroffen, in denen der Redakteur bei dem fraglichen Artikel seine Tätigkeit als Redakteur nicht angewandt hat, und zwar infolge von Umständen, welche von seinem Willen unabhängig waren und auch nicht durch seine Fahrlässigkeit herbeigeführt worden sind. Eine von dieser Induktion des Reichsgerichts abweichende Anschauung vertritt allerdings u. a. Bittl. Die tatsächlich entscheidende Rechtsanschauung ist aber allein diejenige des Reichsgerichts und ihr wird auch das Gericht in dem Müllerschen Falle gefolgt sein. Warum das Gericht die von Müller angeführten Entschuldigungen nicht wenigstens als mildernde Gründe angesehen, sondern im Gegenteil auf eine so ungewöhnlich harte Strafe erkannt hat, verstehen wir nicht; darüber wird das Erkenntnis vermutlich sich des näheren auslassen.

Jetzt hat sich der eigentliche Täter dem Staatsanwalt genannt; Herr Schmidt hat sich selbst bezichtigt. Das würde voraussichtlich den verurteilten Müller nicht befreien, sondern **unr eventuell einen zweiten Schuldigen vor Gericht bringen.** Herr Sch. ist Reichstagsabgeordneter und hat in einer Volksversammlung erklärt, von dem Rechte der Immunität keinen Gebrauch machen zu wollen. Dieser Verzicht auf Immunität (Straffreiheit) ist aber unseres Erachtens gar nicht von dem Willen des Einzelnen abhängig. Im Artikel 31 der Reichsverfassung heißt es:

„Ohne Genehmigung des Reichstages kann kein Mitglied desselben während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn es bei Ausübung der That oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird. . . . Auf Verlangen des Reichstages wird jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben und jede Untersuchung oder Civiltät für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.“

Wird also ein entsprechender Antrag im Reichstage eingebracht, so wird dieser jenes Verlangen ohne Zweifel stellen, und die Justizbehörden sind dann verpflichtet, das Verlangen zu erfüllen, auch wenn der betr. Abgeordnete erklärte, auf seine Immunität verzichten zu wollen. — (Im letzteren Falle irt die Magdeburgische Zeitung. Wir erinnern nur an den Fall Stadthagen.)

Centralanzeiger: Sich selbst gestellt. Gestern, nach Schluß der Redaktion unseres Blattes, ging uns die Nachricht zu, daß der Schriftsteller, sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Albert Schmidt sich dem hiesigen ersten Herrn Staatsanwalt mit der Erklärung gestellt habe, daß er der Verfasser des Artikels in der hiesigen Volkstimme gewesen sei, auf Grund dessen der Redakteur Müller wegen Majestätsbeleidigung zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wäre. Schmidt bekannte sich in vollem Umfange schuldig, so daß ein Wiederaufnahmeverfahren der Sache wohl außer Zweifel sein dürfte. (Die Nachricht ist insofern falsch, daß S. nicht erklärt hat, der „Verfasser“ des Artikels gewesen zu sein. Der Artikel ist (wie nachgewiesen werden kann) einer anderen Zeitung entnommen. Die betreffende Zeitung ist jedoch nicht genannt.)

Volkzeitung: Die That des Abgeordneten Schmidt fällt um so mehr ins Gewicht, als er mit Sicherheit einer langen Gefängnisstrafe entgegensteht, wenn er jetzt als Schuldiger in Anspruch genommen und nach denselben Gesichtspunkten verurteilt wird wie Müller. Die Teilnahme jedes Menschen, der nicht durch Parteileidenschaft gänzlich verblendet ist, wird ihm um seiner Selbsterhaltung willen sicher sein. Den weiteren Verlauf der sensationellen Angelegenheit wird man überall in Deutschland mit höchster Spannung verfolgen.

Vorwärts: Unser Parteigenosse Schmidt hat sich mannhaft der Justiz selbst ausgeliefert. Er ist bereit, selbst Strafe auf sich zu nehmen, um selbst Magdeburger Richter zu nötigen, die Verurteilung eines Unschuldigen aufzuheben. Die That, die unser Genosse mitvoll auf sich genommen, wird zur Befreiung des Schuldlosen aus dem Kerker führen müssen.

Nachrichten aus der Provinz.

Burg. (Mordesord) Die 27jährige Ehefrau Emma Lübbe ist in Haft genommen worden, weil sie im Verdacht stand, ihren zweijährigen Knaben getötet zu haben. Sie soll bereits die That eingestanden haben.

Erfurt. (Ein 5jähriges Mädchen vergewaltigt) Sonnabend mittag verließ auf der Rittershäuser Straße ein bis jetzt noch unbekannter Handwerksbursche an einem 5jährigen Mädchen ein Eistischleinverbrechen. Der Täter ist entkommen.

Wenthu. (Brandstiftung?) Die Schmiedische Windmühle im Dorfe Wust brannte in der Nacht zum 11. d. M. vollständig nieder. Der Müller wohnte während dieser Zeit einem Vergnügen bei; man vermutet Brandstiftung.

Neustadt. (Blutvergiftung.) Ein folgenschwerer Fall von Blutvergiftung ereignete sich in diesen Tagen in Berlin in der Familie der Frau Pastor Schulte, welche vor wenigen Jahren von hier nach dort verzogen ist. Die älteste Tochter trat sich eine Nadel in den Fuß. Trug sorgfältigster ärztlicher Behandlung verlor die junge Dame an dem Unfall. Die Verbigung erfolgte am Dienstag nachmittag in unserer Stadt.

Vereine, Versammlungen, Vergütungen.

Naturheilverein Neustadt. Freitag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr im „Weißen Hirsch“, Frauenverein der Frau Arschbauer über allgemeine Frauenleben, deren Verhütung und Heilung.

Briefkasten.

Franz B., Weinstraße. Ihr Schreiben ist unseren Annoncen-Kaufleuten übergeben, welcher dem Urmacher Siebe, sobald er wieder in der Volkstimme inserieren sollte, auf sein Verhalten aufmerksam zu machen hat. — **A. W., Remsdorferweg.** Die Handlungsweise des Herrn Weierling finden auch wir nicht schön, umsohin hat er das getroffene Abkommen innerhald der ihm zustehenden Frist aufgehoben. Da die Angelegenheit rein privater Natur ist, sehen wir von der Veröffentlichung des Thatbestandes ab. — **W. W., Albern-dodeleben.** Der Vertrag wird morgen besprochen. — **Restaurateur.** Dem Herrn W. sind die Parteiverhältnisse böhmische Dorfer, er kann sich darüber gar kein Urteil bilden. Für Ihre Mitteilung besten Dank. Sie haben sich von einem eiteln Schwärmer, der überall herumhinkt, heischen lassen. Vielleicht geben wir den Thatstand noch öffentlich bekannt. Gruß.

Welchen besten Dank denen, welche mir persönlich oder in Briefen ihre Teilnahme ausdrücken. A. L. Schmidt.

Letzte Nachrichten.

Zu der **Küchenmöbelfabrik** von Karl Luge in Adlershof bei Berlin haben sämtliche Tischler wegen angekündigten Lohnabzugs am Dienstag die Arbeit eingestellt. Wegen Lohnhöhen haben die **Wobler** (Heim- und Werkstättenarbeiter) der Lederwaren-Fabrik von Th. Marshall, Berlin, Ritterstraße 92, die Arbeit niedergelegt.

Zu der **G. Majerschen Parquetfabrik** in Nürnberg sollten die **Affordböhne** herabgesetzt werden, weshalb die Arbeiter die Arbeit niedergelegten. Die Schmeide- und Maschinenarbeiter der Metallgesellschaft „Titan“ in Kopenhagen haben die Arbeit niedergelegt. Die Arbeit sollte alle Reparaturarbeiten abschaffen und dafür eine ungenügende Stundenbezahlung einführen, ohne mit der Arbeiterorganisation verhandelt zu haben. Der Streik umfaßt 200 Arbeiter.

Achtung! Der **Sudenburger Musik-Verein Fortuna** hält seinen

Maskenball

am Sonntag, den 22. d. Mts., in Remsdorf im Gasthof zum Deutschen Kaiser ab. Die große Ueberraschung ist bestens gesorgt. Anfang 8 Uhr. Karten sind bei sämtlichen Mitgliedern und im Lokal zu haben. Der Vorstand.

Warnung!

An Stelle des bekannten und allbewährten echten **Dr. Thompsons Seifenpulver** werden den verehrlichen Hausfrauen von den Händlern oft minderwertige Produkte untergeschoben. Man achte deshalb beim Einkauf genau auf die Schwanmarke „Schwan“.

Alleinstufiger Fabrikant: **Ernst Sieglin in Düsseldorf.**

Buckau Coquistraße Nr. 17.

Filz-, Holz- und Gummischuhe

zu und unter Einkaufspreisen bei **Wilh. Wienecke** gegenüber der Porzellan-Manufaktur.

Empfehle täglich frisch: **ff. Hasengefröje** ganze a 20 Pfg., halbe a 20 Pfg., in großer Auswahl.

E. Wieprecht Breitenweg 56.

Burg Freie Athletenschafft. Burg

Sonnabend, den 21. Januar 1898:

Grosser Maskenball

mit athletischen Aufführungen im festlich dekorierten Saale des Herrn Lorenz (Hofjäger).

Eintrittskarten a 30 Pfennig

und bei den Herren Naturde, Untermythen, Böttner, Wankstraße; Jaffe, Holzstraße; Müller, Magdeburgerstraße; Drechsler, Schwanenstraße und im Hofjäger.

An der Kasse werden keine Karten verabfolgt. Saalöffnung 6 1/2 Uhr. Kassenöffnung 7 1/2 Uhr.

Der Vorstand.

* Gute Heckebeurer billig zu verkaufen. Duwald, Wallstr. 1, §. 1 S. r. * Maskengarderobe billig zu verkaufen. Gasenstraße 6, 1. S. r. Burg.

er die Finanzlage als sehr rosig, mahnte aber in gewohnter Weise zur Sparsamkeit, da bald einmal ein Mißschlag eintreten könne. Die Ueberschüsse beruhen in der Hauptsache auf den guten Erträgen der Eisenbahnen. Diese sind die meiste Ruhe und da man auch politische agrarische Gründe hat, billigere Tarife zu verhindern, so unterläßt man jede Reform nach dieser Richtung unter dem Vorbehalt, daß solche Veränderungen leicht eine Verringerung der Erträge zur Folge haben könnten. Herr v. Wiquel sprach auch von den Verbesserungen der Gehälter der Unterbeamten und Schilderte die Lage der preussischen Beamten als sehr rosig. Der Minister schließt jedenfalls von seinem Gehalt auf die andern. Was Wiquel über die Bergwerksinspektion und andere wichtige Dinge sagte, wird sich erst nach Erscheinen des stenographischen Berichts genau feststellen lassen, der am Donnerstag erscheint. Weil die Rede nicht zu verstehen war, sah der Präsident auch von seinem Vorschlag ab, die nächste Sitzung schon Freitag abzuhalten, sondern beräumte sie auf Sonnabend an. In der Geschäftsordnungsdebatte, die sich über die Anberaumung der Sitzung entspann, spielte die angeblich schlechte Musik des neuen Hauses eine große Rolle. Die Musik ist aber nicht besser und nicht schlechter als sie naturgemäß in einem so großen Saale sein kann. Die Hauptsache lag an Herrn Wiquel selbst, die übrigen Redner waren sämtlich leiblich zu verstehen.

Die Verhandlungen im Reichstage.

(Eigener Bericht.)

Hg. Berlin, 17. Januar 1890.

Am Tische des Bundesrats: Graf Posadowski.
Das Gesetz, betr. die Kontrolle des Reichshaushalts, des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen und des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1890 wird in dritter Lesung debattiert. Es folgt die erste Beratung des von den beteiligten Staaten in Paris am 18. Juni 1889 abgeschlossenen Zusatzabkommens zu dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnverkehr vom 14. Oktober 1890.
Präsident des Reichseisenbahnamts Schulz bittet mit Rücksicht auf die geplanten Verbesserungen dem Uebereinkommen zuzustimmen, und bedauert, daß mehrere deutsche Anträge bei der Kommission nicht durchgebrungen sind, welche vom deutschen Reichstage gutgeheißen waren.

Abg. Müller (nat.-lib.)
wünscht, daß die Verzollung an der russischen Grenze fortan nicht mehr durch russische Zollbeamte, die von der Sache nichts verstehen, sondern von sachverständigen Spebiteuren vorgenommen werden.
Die erste Beratung wird darauf geschlossen und das Zusatzabkommen in der folgenden zweiten Beratung debattiert angetreten.

Es folgt die zweite Beratung des Reichshaushalts-Etats für das Rechnungsjahr 1890. Die Beratung des Spezial-Etats des Reichstages wird auf Antrag des Abg. v. Frege (konf.) vertagt und beginnt mit dem Spezialetat: Reichskanzler und Reichstanzler.

Abg. Leuzmann (frei. Volksp.)
spricht über den Fall Lippe. Die militärische Entlassung des Grafen ist mir ziemlich gleichgültig; auch ob ein Fürst einem andern einen solchen Verweis erteilen darf. Ich bin kein Fürst und mich geht das nichts an (Heiterkeit), sondern nur die staatsrechtliche Seite der Frage. Redner referiert die Vorgeschichte des lippeischen Gefolgsrechts, die durch die ziemlich verwickelte Genealogie oft Heiterkeit erregt. Bei der Erbthronfolgefrage ist man sich nicht darüber einig, ob nicht in die Linie Lippe-Wieserfeld durch die Ehe mit der Reichsgräfin Robesse von Ulrich der bacillus ignobilis hineingebracht worden ist. (Große Heiterkeit.) Auch sollen die Wieserfelder, weil sie keine Wpange besitzen, nicht als ebenbürtig anerkannt werden. (Große Heiterkeit.) Die Fürsten von Lippe-Schaumburg haben aber auch nie Wpange von Lippe-Deimold erhalten. Lippe-Schaumburg verlangt nun vom Bundesrat, daß er das Zustandekommen des lippeischen Gefolgsrechts verhindert, also gewaltsam in die lippeische Gefolgschaft eingreift. Der Beschluß des Bundesrats hierauf hat nun mit Recht das Kopfschütteln aller Juristen und Laien hervorgerufen: er erinnert an die, die der selig entschlafene Bundesrat vor sich sah. Redner verliest die bekannte Bundesratsentscheidung und fährt fort: Sie ist ziemlich das Schlimmste, was das System Lippe-Deimold hätte treffen können; denn sie hat an den Wirren dort nichts geändert, die in allgemeiner und wirtschaftlicher Hinsicht für solch einen kleinen Staat von Bedeutung sind. Die Kleinbürgerei jenes Landes leiden unter solchen Zuständen; die Verdrossenheit muß dort zunehmen. Vileleicht ist auch hieraus das bedauerliche Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen in Lippe zurückzuführen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Der Bundesrat hat leider nicht die Allmacht, die Entscheidung der ordentlichen Gerichte zu verhindern. Die richterliche Stellung des Bundesrats ist ein Unikum, unter den Richtern sitzen die streitenden Parteien selbst, sagt Prof. Binding. Aber hier ist der Bundesrat nicht zuständig; denn es handelt sich um einen persönlichen Streit. Die Anschauung des Prof. Binding, daß das Thronfolgerecht in den einzelnen Staaten Sache der autonomen Gesetzgebung der einzelnen Staaten ist, ist auch die meine, und ich bitte den Reichstag, sich ihr anzuschließen. Landrecht geht vor Fürstrecht. Der Bundesrat, eine Konferenz von Gesandten, die nur das Mündel ihrer Regierung sein dürfen, eignet sich nicht zu richterlichen Funktionen. Würden seine Beschlüsse keine weiteren Wirkungen mehr haben, dann könnte man sie nur als Höflichkeit gegenüber einer mächtigeren Partei ansehen und sie entsprechend verächtlich behandeln.

Präs. Graf Vellekren (unterbrechend).
Das Wort verächtlich gegenüber einem Bundesratsbeschlusse ist parlamentarisch nicht zulässig.

Abg. Leuzmann (fortfahrend).
Ich rufen Beschluß als das behandeln, was er ist: als nichts. Hoffentlich wird die heutige Beratung den Landtag von Lippe-Deimold ernütern. recht bald ihr Thronfolgerecht zu verabschieden. Vileleicht werden uns nun auch die Gründe für den wunderbaren Bundesratsbeschlusse mitgeteilt werden. Ich erwarte auch, daß die Vertreter der in der Wpange gebliebenen Staaten uns hier ihre Gründe vorlegen werden. (Heiterkeit rechts.) Will man zugeben, daß das Fürstentum von Gottes Gnade erst bei Ländern von mehr als zwanzig Quadratkilometern beginnt, daß etwas anderes ausschlaggebend ist als das Recht, so geraten dadurch die Grundlagen der Monarchie ins Wanken. (Beifall links.)

Reichskanzler Fürst Hohenlohe:
Die Reichsverfassung weist dem Bundesrat verschiedene Streitigkeiten zur Entscheidung zu, der dann allein über seine Kompetenz zu entscheiden hat. Deshalb kann ich mich auf eine Diskussion über den Bundesratsbeschlusse nicht einlassen, halte es aber für nötig, etwas über die Zuständigkeitsklärung zu sagen. Nachdem die Entscheidung des Bundesrats angemerkt worden war, hatte er in jedem Falle zunächst zu bestimmen, ob er kompetent dazu sei. Die materielle Entscheidung mußte einstweilen noch dahingestellt werden, wird aber genau nach den verfassungsrechtlichen Grundsätzen erfolgen, vorausgesetzt, daß nicht wie zu hoffen, eine Einigung der beiden streitenden Parteien erfolgt.

Abg. Dr. Steber (Cir.):
Der Herr Reichskanzler hat das Argument in den Vordergrund gestellt, daß die beiden Regierungen im Namen der beiden Staaten den Bundesrat angerufen haben. Deshalb habe der Bundesrat sich seine Zuständigkeit entscheiden müssen, das mag stimmen. Aber hätte es doch für richtiger gehalten, daß der Bundesrat dabei zunächst die Frage zur Entscheidung gebracht hätte, ob es sich in der That um einen Staatsanspruch der beiden Regierungen handelt. Ich der Ansicht, daß es sich nicht um den Streit zweier Staaten, sondern

um einen Streit zweier Fürstentümer handelt. Meine politischen Freunde und ich bestreiten die Zuständigkeit des Bundesrats und Reichstages, über die Erbfolgefrage der Schaumburger oder der Wieserfelder in Lippe zu entscheiden. Das steht nur der Lippe-Deimold Landesgesetzgebung zu. (Beifall im Centrum.) Ist der Spruch des Schiedsgerichts gültig, dann hätte der Bundesrat den Anspruch der Schaumburger Regierung sofort als nicht kompetent zurückweisen müssen. Jetzt hat sich die Regierung der Lippe-Deimoldischen Bevölkerung schon dem ganzen deutschen Reich mitgeteilt. (Sehr richtig, im Centrum.) Hätte der Artikel 76 Absatz 1 der Verfassung wirklich die Bedeutung, die Schaumburg-Wippe ihm beimißt, dann wäre es nicht nur für die Kleinen, sondern auch für die Großen verhängnisvoll. Nach meiner Auffassung hat der Bundesrat das öffentliche Rechtsbewußtsein schwer geschädigt. An dem Reichstag ist es, dem Grundgesetz Worte zu verleihen, daß Recht durch Recht bleiben muß. (Beifall Bravo im Centrum und links.)

Abg. v. Dudenow (Volksp.)
spricht über die Art und Weise, wie in Preußen Reichsgesetze geachtet werden. Obgleich im § 95 des bürgerlichen Gesetzbuches das Gültigkeitsrecht der Herrschaften über das Gesetz aufgehoben worden ist, hat der preussische Minister des Innern in einer Verfügung vom August v. J. erklärt, daß dieser Paragraph den § 77 der preussischen Grundordnung, wonach gehalten werden darf, nicht berührt; denn dieser § 77 sichere nur der Herrschaft die Strafflosigkeit zu. Und bei den Kommissionsverhandlungen über das bürgerliche Gesetzbuch ist von keiner Seite hieran gedacht worden.

Staatssekretär des Innern Graf Posadowski:
Im Namen des Bundesrats muß ich gegen die Art und Weise des Einspruchs erheben, in der Abg. Leuzmann hier die Beschlüsse des Bundesrats kritisiert hat. Bundesrat und Reichstag sind vollkommen gleichberechtigt. Wenn ein Mitglied des Bundesrats einen Reichstagsbeschlusse so abtrottelte, wie es der Abg. Leuzmann umgekehrt thut, dann möchte ich wissen, wie sich der Reichstag dazu stellen würde! Bei solcher Verlegung der Mächte, die Bundesrat und Reichstag einander schuldig sind, ist eine geistliche Verhandlung zwischen beiden unmöglich. Es handelt sich hier nicht um einen privatrechtlichen Streit, wie er behauptet hat, sondern um einen Streit um den Gebiete des Privatrechts, das in den meisten deutschen Verfassungen staatsrechtlich konfirmiert wird. Kann denn ein Streit zwischen zwei Staaten nicht dadurch entstehen, daß ein Staat glaubt, die Rechte eines Staatsangehörigen seien durch die Handlungen eines anderen Staates verletzt und diese Angelegenheit nun zu der seinen macht? Und wie soll ein Landesherren seine Ansprüche einem Bundesstaat gegenüber geltend machen, wenn nicht eine übergeordnete Instanz vorhanden ist? Ich kann die beruhigende Versicherung abgeben, daß niemand in entferntesten daran denkt, der Bundesrat würde auf Grund seiner Zusammensetzung als Richterkollegium fungieren; wenn es zur Entscheidung kommt, wird entweder ein Ausschuss oder ein Schiedsgericht über den Fall entscheiden. Sicherlich hat der Bundesrat im Interesse des Reichsfriedens gehandelt. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Levetzow (konf.):
Nach meiner Auffassung liegt im Beschlusse des Bundesrats, daß es ihm nicht einfällt, über Angelegenheiten des Privat-Fürstentums zu entscheiden. Ich glaube aber auch nicht, daß die Entscheidung über solche Streitigkeiten ausschließlich Sache der Landesgesetzgebung sein darf.

Abg. Leuzmann (frei. Volksp.):
Ein Streit zwischen zwei Regierungen liegt nur formell vor; inhaltlich gehört er zu dem Privat-Fürstentum, was früher schon häufig vor ordentliche Gerichte gekommen ist. Der Bundesrat hätte prüfen müssen, ob diese Frage nicht auch vor die ordentlichen Gerichte gehörte.
Hieran schließt die Debatte; der Spezialetat wird genehmigt.
Es folgt der Etat des Reichsamt des Innern und beginnt mit dem Titel: Staatssekretär.

Abg. Wollenbuhr (Sozialdemokrat):
Es sind heute eine Verlegung der Rechtsansprüche und eine Gesetzesverletzung zur Sprache gekommen. Auch ich möchte von der Verlegung der Rechte, nach denen ihre Unfallrenten berechnet werden. Bei der Unfallversicherung sind die Seelente nicht so günstig gestellt wie die andern Arbeiter, weil bei ihnen nicht die Unfähigkeit verdienten Arbeitslohn bei der Berechnung der Renten zu Grunde gelegt wird, sondern der volle Jahresverdienst, sondern nur 9 Monate in Anrechnung gebracht werden, so wird die Vollrente der Seelente immer nur der Hälfte ihres Jahres-Arbeitsverdienstes entsprechen, wenn die festgesetzten Steuern mit dem tatsächlichen Arbeitsverdienst übereinstimmen. Auch haben sie nicht die Vergünstigung, daß, wenn der Arbeitslohn weniger als der ortsübliche Tagelohn gewöhnlicher Arbeiter beträgt, dieser in Anrechnung gebracht wird. Diesen Fehler im Unfallversicherungs-Gesetz will aber nicht eher die Reichsregierung zu beseitigen versuchen, als bis der Centralverband deutscher Arbeiter seine Zustimmung giebt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vor allem können hier die Bestimmungen des § 6 des Gesetzes über die Seemannsversicherungen in Betracht. Hiernach sollen als Grundätze für die Festsetzungen die in den vorangegangenen letzten 3 Kalenderjahren bezahlten Steuern gelten. Im Jahre 1889 betrug die Steuerhöhe 46,53 Mark, 1890: 53,87 Mark, 1891: 56,49 Mark, 1892: 56,81 Mark, 1893: 55,48 Mark. Der Durchschnitt der letzten drei Jahre beträgt 56,26 Mark. Die amtliche Erklärung aber lautet: „Gemäß der Vorschrift des § 6 ist eine Revision der Durchschnittspreise notwendig. Diefelbe hat stattgefunden, und dabei hat sich ergeben, daß eine ausreichende Veranschlagung zur Verringerung des Prämienfußes von 45 Mark nicht vorliegt.“ Und doch ist es gewiß im Reichsamt des Innern bekannt, daß in dem dort herausgegebenen statistischen Jahrbuch die Monatsheuer der Vollmatrosen, die zu Grunde gelegt werden soll, alljährlich publiziert wird. Daraus könnte ersehen werden, daß an keiner Stelle noch unter das thalächliche gezahlte Minimum gegangen ist, wodurch die Rente eigentlich um 25 Prozent zu niedrig ist (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), und die Witwen und Waisen der Seelente in den Jahren 1893 und 1897 um rund 378 000 Mark geschädigt worden sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wieviel liegt also keine Verantwortung zu einer Aenderung vor? Wahrscheinlich war es: Grund vorhanden, eine Herabsetzung der Steuern vorzunehmen, und deshalb stand man von einer Revision der Renten feststellung ab! Oder dachte man, die Seemannswitwen und Waisen seien so auf Kosten gebettet, daß die Rente irgendwie so knapp leben würden, wenn man die Steuer dem Verdienst anpaßt? Der glaubt die Regierung, es sei notwendig, die Räder zu unterfüllen, die sich nicht schämen, die Prentige einzuhämmern, welche den Witwen und Waisen entzogen werden? Dann nehme man das Geld aus dem Dispositionsfond, das sonst zu Freizeittätigkeiten verwendet wird, und lasse den Krüppeln, Witwen und Waisen das zuzuwenden, worauf sie laut Gesetz Anspruch haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dergleichen wird ja oft in Predigten gesagt. Aber statt die Armen zu unterstützen, nehmen die frommen Reichen ihnen den Verdienst fort. Das ist umgekehrtes Christentum! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es muß darauf gebrungen werden, daß eine neue Festsetzung der Steuerhöhe vorgenommen wird. Aber außerdem sind die Rente bisher schon um eine halbe Million geschädigt worden. Ein geistlicher Weg ist nicht vorhanden, um ihnen das Geld zuzuwenden zu lassen. Aber vielleicht finden sich Juristen, die sich ihrer Sache annehmen und diejenigen, welche die Seelente geschädigt haben, für den Schaden verantwortlich machen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Direktor im Reichsamt des Innern Dr. v. Wölke:
Die Bormärkte des Herrn Wollenbuhr werden wohl nur von seinen nächsten Freunden unterzogen werden. Die Grundätze für die Rentenfeststellung sind von der Seemannsgenossenschaft ausgearbeitet worden. Eine Erhöhung der Rente wurde im Jahre 1897 vorgenommen, kam aber nicht zu Stande. Der Wollenbuhrs Bormärkte sind also ganz unberührt.

Abg. Wollenbuhr (Sozialdemokrat):
Ich habe mich bei meinen Behauptungen auf das statistische Jahrbuch des Deutschen Reiches gestützt. Diese Zahlen sind glaubhaft. Im § 6 des Seemannsversicherungs-Gesetzes heißt es aber ausdrücklich: „Der Festsetzung sind die an Vollmatrosen auf deutschen Fahrzeugen

während der letzten drei Kalenderjahre, in welchen eine Mobilmachung deutscher Streitkräfte nicht stattgefunden, gezahlten Löhne zu Grunde zu legen.“ Demnach also doch die mittelsten Summen! Und gerade dieser Teil ist in fragaranter Weise verlegt worden. (Sehr richtig links.) Die Seelente haben ein Recht darauf, zu verlangen, daß die Festsetzung der Rente der Durchschnitt der letzten drei Kalenderjahre auch wirklich angenommen wird.

Das steht in § 6. Dieser Durchschnitt ist jedoch nicht genommen worden, man hat einfach die alten Steuerhöhen beibehalten. Ist es denn Reichstanzler vielleicht unbequem, den Mitgliedern Nutzen zu verursachen, dann hebe man das Gesetz auf; so lange es aber besteht, muß man immer wieder darauf dringen, daß dieser Verachtlichung der Seelente ein Ende gemacht werde. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Werth (frei. Volksp.)
regt eine schärfere Handhabung des Vogelzuges an.

Staatssekretär Graf Posadowski:
Es ist bisher nicht gelungen, eine Konvention der Pariser Konvention von 1890 herbeizuführen. Ist diese erreicht, so werde wir an eine Durchsicht der Bestimmungen unseres Vogelzugeselbes von 1890 gehen.

Hierauf vertagt sich das Haus.
Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Antrag des Grafen Kintow freom konf.) betr. Geheimhaltung von amtlichen Schriftstücken. Antrag der Abg. Wgter und Gen. [Soz.] betr. Gewerbegerichte und Erweiterung ihrer Kompetenz. Antrag des Abg. Mikert auf Aenderung des Wahlgesetzes.) Schluß 4 1/2 Uhr.

Die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus.

(Eigener Bericht.)

n. Berlin, den 17. Januar 1890.

Alterspräsident Abg. v. Hoff (frei.) eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß nunmehr 410 Mitglieder beim Bureau des Hauses gemeldet sind, das Haus ist also beschlußfähig.

Auf Antrag des Abg. Stengel (freikons.) wird das Präsidium aus der letzten Session der verflochtenen Legislaturperiode per Reclamation wiedergewählt und zwar Abg. v. Kröcher (konf.), zum Präsidenten, Abg. Frhr. v. Freyemann (Cir.), zum 1. Vizepräsidenten und Abg. Krause (nat.-lib.) zum 2. Vizepräsidenten. Auch die Schriftführer werden per Reclamation wiedergewählt. Präsident v. Kröcher sagt dem Abg. v. Hoff Dank für die bisherige Führung der Geschäfte und bittet die Mitglieder des Hauses sich zu Ehren des Alterspräsidenten von den Plätzen zu erheben. Er widmet dem verstorbenen Fürsten Bismarck einen Nachruf: Jedes Königtreue patriotische Herz — und das schlage in allen Mitgliedern dieses Hauses und werde hoffentlich immer so bleiben in diesem Hause — betrauert den Verlust des großen Staatsmannes aufs Schmerzlichste. Er werde dem Hause noch Anträge unterbreiten, in welcher Weise die Beteiligung an der Verfassungsfeier sich vollziehen solle. (Die Mitglieder haben sich während des Nachrufs von ihren Plätzen erhoben.) Das Haus tritt in die Tagesordnung ein: Einbringung des Etats.

Staatsminister v. Miquel bezeichnet die Finanzlage als günstig und es sei zu erwarten, daß das glückliche Ergebnis auch im laufenden Jahre andauern wird. Der Vorschlag ist mit großer Vorbehalt aufgenommen worden. Die Ueberschüsse fallen zur Verbesserung der Gehälter der Unterbeamten und einiger mittleren Beamtenklassen verwendet werden. Das Extraordinarium wird ganz aus den laufenden Mitteln bestritten. Es wird wenig Länder geben, deren Finanzlage das gestattet. Der Wohlstand des Landes ist gewachsen, unsere Steuererhebung ist ein Barometer dafür. Früher war die Steuer seit jezt geht sie beim wachsenden Wohlstand in die Höhe, was auch gegenwärtig der Fall ist. Daß die Finanzlage so günstig liegt hauptsächlich an den Ueberschüssen der Eisenbahnen. Für die Vermehrung der Katasterbeamten sind erhöhte Beträge eingestellt worden, die Landeskulturmessungen sollen im erweiterten Umfang fortgeführt werden. Die Unruhe im Hause wächst derartig, daß der Redner nicht mehr zu verhalten ist. Die Vergewaltigung soll reformiert werden, es sollen 50 Hilfsinspektoren aus Arbeiterkreisen angestellt werden. (??) Was die Tariffragen anlangt, so müssen wir bei den Tarifen weitestgehend auf die Selbstkosten kommen. Wir können bei den Eisenbahnen nicht Einrückungen treffen, welche Mindererhöhungen zur Folge haben können. Wir sind in unserer ganzen Finanzlage von den Ueberschüssen der Eisenbahnen abhängig. Jeder hat Wünsche, aber niemand will die Ueberschüsse zum Nutzen des Staates veruntet sehen, sondern will sie seinen Privatinteressen nutzbar machen. Wir halten es daher für richtig, auch manchmal solchen Wünschen von Interessenten zu widerstehen. Seitdem wir das Gesetz über die Schuldenlastung haben, sind wir befreit, die Schulden stetig zu vermindern. Für die Affektoren soll besser gesorgt werden, sie sollen schneller ins Amt kommen, die Wartenden sollen in ihren Remunerationen verbessert werden, da sie sowohl bei der Regierung, wie bei den Gerichten sehr stark beschäftigt sind. Für die ausreichende Besoldung der Beamten wird von der Regierung unablässig gefordert. Die Beamten haben keinen Grund sich zu beklagen und der Ton in vielen Petitionen ist ganz unberechtigt und zu verurteilen. Die Beamten können sich nicht vergleichen mit den in freien Erwerbständen befindlichen Bürgern und der zufälligen Lage dieser Kategorien. Die Beamten sind in ihrer Existenz durch Gehalt und Pension viel mehr gesichert. Zudem zahlt gerade der preussische Staat höhere Gehälter als die übrigen deutschen Staaten. Bei den Ausgaben im Extraordinarium für die Anstellungen in Posen kommt der Redner auf die Ausweisungen zu sprechen und sagt, die Regierung kämpfe nicht, um die fremden Nationalitäten zu unterdrücken, sondern um Frieden und Verbesserung im eigenen Hause. Es ist alte preussische Tradition das Kulturniveau des Landes zu heben. Dazu gehört auch die Hochhaltung des Deutschtums. (Beifall.) Die weiteren Ausführungen des Redners bleiben auf der Tribüne total unberührt, die Abgeordneten, welche etwas verstehen wollten, begeben sich in allerhöchster Nähe des Ministers.

Präsident von Kröcher schlägt vor, die nächste Sitzung Freitag um 1 Uhr zu halten mit der Tagesordnung: Erste Lesung des Etats. Zur Geschäftsordnung bittet

Abg. v. Cynern (nat.), die nächste Sitzung erst Montag um 11 Uhr abzuhalten. Es sei den Mitgliedern des Hauses nicht möglich gewesen, der Rede des Finanzministers folgen, auch die Presse habe gar nichts verstehen können. Es müsse also, da die Miquelische Rede erst Donnerstagabend gedruckt vorliegen werde, mehr Zeit zur Vorbereitung gelassen werden. Die Musik sei so schlecht, daß niemals eine Debatte zu führen sein werde, man könne doch nicht fortwährend schreiben. Wer schreiben müsse, bekomme bald ein zänkisches Gemüt. (Große Heiterkeit.)

Die Abg. Friese (Cir.), Mikert (frei. Volksp.) und Richter (frei. Volksp.) schließen sich dem Antrag Cynern an.
Die Abg. v. Heydebrand u. d. Lasa (konf.) und Stengel (freikons.) plaidieren für Vertagung bis Sonnabend 11 Uhr.
Bei der Abstimmung entscheidet sich die Mehrheit für Sonnabend 11 Uhr.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Tagesordnung: 1. Lesung des Etats.) Schluß 3 1/2 Uhr.

Die Zusammenfassung des preussischen Abgeordnetenhauses. Bei Beginn der 19. Legislaturperiode treten in das Abgeordnetenhaus: 143 Konervative (gegen 141 im Januar 1884), 99 Mitglieder des Centrums (95), 70 Nationalliberale (90), 58 Freikonervative (62), 24 Mitglieder der freisinnigen Volkspartei (14), 13 Polen (17), 11 Mitglieder der freisinnigen Vereinigung (6). Keiner Fraktion gehören 12 Abgeordnete an. Erledigt ist: durch Lea Tod des Abgeordneten Kreth (konf.) das Mandat für 3 Gumbinnen, durch den Tod des Abg. Dieben (Cir.) das Mandat für 2 Trier und durch den Tod des Abgeordneten Dr. Pieschel (nat.) das Mandat für 8 Merseburg.

Feuerbestattung. In das Abgeordnetenhaus haben sämtliche preussischen Feuerbestattungsvereine die Petition gerichtet, das Haus wolle die Staatsregierung ersuchen, die zur Einführung der fakultativen Feuerbestattung in Preussen erforderlichen gesetzgeberischen Massregeln zu treffen. Dem Gesuch ist eine ausführliche Begründung beigegeben, von deren vorurteilsfreier Prüfung man eine wohlwollende Berücksichtigung der Petition erwartet.

Nachrichten aus Magdeburg.

— **Albert Schmidt hat das an den künftigen ersten Staatsanwalt gerichtete Gesuch, ein Verfahren gegen ihn einzuleiten zu wollen, schriftlich begründet.** Das Schreiben ist Dienstag nachmittag auf die Post gegeben.

— **Das Tagesgespräch in Magdeburg** ist noch heute die Verurteilung des Mediateurs Müller und die hieran sich knüpfenden Ereignisse. Ueber den Ausgang ist die Meinung geteilt. Es wird angenommen, daß die Verurteilung Müllers nicht aufgehoben und Schmidt sich nutzlos geüppert hat. Man schließt dies aus dem Vorgehen der Behörde, den Verfasser des inkriminierten Artikels zu ermitteln. Andererseits hegt man die bestimmte Erwartung, daß das freimüthige Geständnis Schmidts den verurteilten Müller vollkommen entlastet und Schmidt nicht so hoch bestraft wird, da wie er nachweisen kann der Artikel gar nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, seine Veröffentlichung auf eine Fahrlässigkeit zurückzuführen ist. Wir enthalten uns jeder Versicherung und warten ruhig den Verlauf der Dinge ab.

— **Die Welt am Montag** bespricht das gegen den Redakteur August Müller gefällte Urteil und schreibt: „Graf Posadowsky hat mit Recht: wir leben in dem Lande der vollendetsten Rechtsgarantien. In welchem anderen Lande hat die beleidigte Majestät wohl solche Garantien, Sühne für den Rechtsbruch zu finden, wie bei uns? Hell uns! Die Kulturgeschichte unserer Zeit ist um ein Blatt bereichert, das kommenden Geschichtsschreibern von unermeßlichem Werte sein wird. Das zur Mühle gehende 19. Jahrhundert hat einen Gipfel erreicht. Und auf diesem Gipfel thronen Herr Fromme, der Vorsitzende der Magdeburger Strafkammer. Herr Fromme darf die Gewißheit haben, daß sein Name nicht vergessen wird.“

— **Die Geschäftsbücher der Volksstimme** werden am kommenden Sonnabend auf dem Sekretariat der königlichen Staatsanwaltschaft entliehen. Dem Geschäftsführer ist anheimgegeben, diesen Akt beizuwohnen. Dies wird geschehen.

— **In unserer heutigen Beilage** finden unsere Leser eine **Spiegel-affaire** aus der Reichshauptstadt. Wir empfehlen dieselbe unseren Lesern zur besonderen Beachtung. Je größer die Partei wird, desto leichter wird auch sie und da ein zweifelhaftes Element sich in den Vordergrund drängen können, desto größer muß darum die Vorläufigkeit der Parteigenossen sein. Im übrigen hat die Sozialdemokratie keine „Mehrmehrheit“, ihre Thesen gelassen im Lichte der Öffentlichkeit und das für Spiegeln aufgewandte Geld ist weggeworfen.

— **Am Montag legten in Helmstedt 6 Auszubewerber der Saalfeldischen Patentfabrik wegen Lohnabzugs die Arbeit nieder.** Die Streitenden sind sämtlich Verbandmitglieber.

— **Nach den Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung** am 15. Dezember v. J. hat die Direktion des Stadt-Theaters die **Entschädigung der Feuerwehrenten** sofort erhöht. Seit 17. Dezember v. J. erhalten sie folgende Vergütungen: 1. bei Abendvorstellungen der Oberfeuermann je 1.50 Mark, der Feuermann je 0.90 Mark; 2. bei Nachmittagsvorstellungen der Oberfeuermann je 0.90 Mark, der Feuermann 0.60 Mark. — Im Wilhelm-Theater und Victoria-Theater erhält der Oberfeuermann bei jeder Vorstellung 1 Mark, der Feuermann 0.75 Mark; bei Circus-Vorstellungen je 2.50 Mark bzw. 2 Mark; bei Spezialitäten-Vorstellungen im Circus wird an den Feuermann 1.20 Mark für den Abend gezahlt.

— **Der inzwischen seines Dienstes entlassene Schuhmann Geißler**, welcher wegen Vergehens im Amte resp. Körperverletzung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde, ist entlassen. Geißler war einer jener Schapleute, die am Tage der Reichstagswahl ihrer Anweisung gemäß die Kaiserstraße zu räumen und mit „aller Energie vorzugehen“ hatten. Geißler war bei seinen Vorgesetzten wegen seiner „Pflichterfüllung“ sehr angesehen. Jetzt hat dieser das Weite gesucht. Daß so etwas aber auch gerade in Magdeburg passieren muß. Da Geißler nicht aus dem „Schweizer-Landen“ Griffe an seine Kameraden schickt?

— **Ueber die Veränderung der Magdeburger Schulverhältnisse** erfährt die Magdeburger Zeitung, daß es in der Absicht des Magistrats liegt, die sechsjährige Volksschule in eine siebenjährige umzuwandeln. Das Schulgeld für die achtjährige Bürgerschule soll von 1899 ab 30 Mark für das Jahr betragen.

— **Die am Donnerstag stattfindende Stadtverordneten-Sitzung** hat 21 Tagesordnungsgegenstände zu beraten.

— **Nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts** darf nach dem Tode eines Gewerbebetreibenden ein konzeptionspflichtiges Gewerbe für Rechnung der Witwe während des Witwenstandes oder für Rechnung der minderjährigen Erben durch einen Stellvertreter betrieben werden. Der Betrieb kann für Rechnung der Witwe und der Kinder betrieben werden; scheidet die Witwe aus, so bleiben die Kinder im Gemäß der Konzeption. War aber das Geschäft nur auf Rechnung der Witwe betrieben worden, so können die Kinder nach dem Ausscheiden der Witwe nicht mehr eintreten.

— **Eine Polizeiverordnung** hatte den Arbeitgebern vorgeschrieben, daß sie Arbeiter nicht annehmen dürfen, die den im § 2 des Gesetzes von 1854, betreffend die ländlichen Arbeiter, erwähnten Personen gleichzustellen sind, falls die Arbeiter keine Legitimationspapiere besitzen. Diese Verordnung ist ungültig.

— **Nach einer Entscheidung des Kammergerichts** wird als Voraussetzung für einen **Schankbetrieb** angenommen, daß der Verkäufer des Bieres einen Raum oder Platz zur Verfügung hat, wo er anderen Personen den Aufenthalt unterliegen kann.

— **Zweite Gailbert** wird auch nächstens hier in Magdeburg auftreten. Gegen das Auftreten der bedeutenden Sprechergewinn hatte, wie wir auswärtigen Blättern entnehmen, das erstbüchliche General-

vikariat in Köln bei dem dortigen Polizeipräsidenten Beschwerde erhoben. Glücklicherweise ging der Einfluß der Beschwerdeführer nicht so weit, um die Vorführungen gänzlich zu verbieten.

— **Eine neue Uniform** sollen die unteren Postbeamten am 1. April d. J. erhalten, es ist die sogenannte **Altenrolle**.

— **Der Kanarienzüchterverein „Dentis“** veranstaltete am Sonnabend und Sonntag eine **Kanarienzüchter-Ausstellung** die nur von Mitgliedern besucht und besucht werden konnte. Eine Prämiiierung fand ebenfalls statt.

— **In einem hiesigen Blatte** finden wir folgendes Inserat: Dame sucht einen ansehnlichen jungen Mann als Reisesgefährten. Gest. Offerten, möglicherweise mit Photographie an die Exped. d. Bl. usw.

Ob der hier beschriebene Verein zur Hebung der Sittlichkeit Recherchen zur Ermittlung des Namens der betr. „Dame“ anstellen wird?

— **Frau Schöne geb. Rappholz** aus Odenstedt, an der von ihrem Manne ein Mordversuch verübt wurde, ist am Dienstag aus dem altschäbischen Krankenhaus entlassen worden, da sie soweit wieder hergestellt, daß keine Gefahr für ihr Leben mehr besteht.

— **Unfälle.** Der Arbeiter Wilhelm B. hatte sich beim Beladen eines Krahnes durch Fallen von der Laufstiege einen Knöchelbruch zugezogen. Die Buchhalterin Margarete W. ist im Geschäft gefallen und hat sich die Kniekehle gebrochen. Beide Verletzte fanden Aufnahme im altschäbischen Krankenhaus.

Magdeburger Justiz.

Prekstinmen.

Magdeburgische Zeitung: Kürzlich ist, wie wir mitgeteilt haben, der Redakteur der Volksstimme, Herr Müller, zu der sehr hohen Gefängnisstrafe von 4 Jahren wegen Majestätsbeleidigung verurteilt worden. Seinen Einwand, daß er von dem betreffenden Artikel keine Kenntnis gehabt habe und zur Zeit gar nicht in Magdeburg gewesen sei, hat das Gericht, wie berichtet wurde, nicht als straf-ausschließend erachtet. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, und wir können deshalb nur unter allen Vorbehalten berichten. Ein auswärtiges Blatt hatte auf den § 20 des Preßgesetzes hingewiesen, der in seinem zweiten Abschnitt lautet:

„Ist die Druckerei eine periodische, so ist der verantwortliche Redakteur als Thäter zu bestrafen, wenn nicht durch besondere Umstände die Annahme seiner Thätigkeit ausgeschlossen wird.“

Das Gericht, welches den Einwand Müllers nicht gelten ließ, wird sich aber auf die Rechtsprechung des Reichsgerichts gestützt haben. Dieses hat (Rechtspr. Band 4 Seite 352) unter anderem gesagt:

„Im Fall der vorübergehenden Behinderung des Redakteurs aus vorübergehenden Gründen liegt ein Mittel der Vermeidung von der Verantwortlichkeit darin, daß ein geeigneter Stellvertreter eintritt und als Redakteur genannt wird. . . In Erwägung seiner gesetzlichen Pflicht als Redakteur hat er sich in seinen Redaktionsgeschäften auf die gesetzlich zulässige Art zurückziehen zu lassen. . . Ueberhaupt ist jede durch Fahrlässigkeit verschuldete Unkenntnis ungeeignet, vor der Strafe zu schützen.“

Hierzu werden durch die Schlussklausel des Abs. 5 nur jene Fälle getroffen, in denen der Redakteur bei dem fraglichen Artikel seine Thätigkeit als Redakteur nicht angewandt hat, und zwar infolge von Umständen, welche von seinem Willen unabhängig waren und auch nicht durch seine Fahrlässigkeit herbeigeführt worden sind. Eine von dieser Substanz des Reichsgerichts abweichende Anschauung vertritt allerdings u. a. Ulfz. Die thätlich entscheidende Rechtsanschauung ist aber allein diejenige des Reichsgerichts und ihr wird auch das Gericht in dem Müllerschen Falle gefolgt sein. Warum das Gericht die von Müller angeführten Entschuldigungen nicht wenigstens als mildernde Gründe angesehen, sondern im Gegenteil auf eine so ungewöhnlich harte Strafe erkannt hat, verstehen wir nicht; darüber wird das Erkenntnis vermuthlich sich des näheren auslassen.

Jetzt hat sich der eigentliche Thäter dem Staatsanwalt genannt; Herr Schmidt hat sich selbst bezichtigt. Das würde voraussichtlich den verurteilten Müller nicht befreien, sondern nur eventuell einen zweiten Schuldigen vor Gericht bringen. Herr Sch. ist Reichstagsabgeordneter und hat in einer Volksversammlung erklärt, von dem Rechte der Immunität keinen Gebrauch machen zu wollen. Dieser Verzicht auf Immunität (Straffreiheit) ist aber unseres Erachtens gar nicht von dem Willen des Einzelnen abhängig. Im Artikel 31 der Reichsverfassung heißt es:

„Ohne Genehmigung des Reichstages kann kein Mitglied desselben während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Unterbindung gezwungen oder verhaftet werden, außer wenn es bei Ausübung der Thätigkeit oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird. . . Auf Verlangen des Reichstages wird jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied des Reichstages und jede Untersuchung oder Civilhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.“

Wird also ein entsprechender Antrag im Reichstage eingebracht, so wird dieser jenes Verlangen ohne Zweifel stellen, und die Justizbehörden sind dann verpflichtet, das Verlangen zu erfüllen, auch wenn der betr. Abgeordnete erklärte, auf seine Immunität verzichten zu wollen. — (Im letzteren Falle irt die Magdeburgische Zeitung. Wir erinnern nur an den Fall Stadthagen.)

Centralanzeiger: Sich selbst gestellt. Westley, nach Schluß der Redaktion unseres Blattes, ging uns die Nachricht zu, daß der Schriftsteller, sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Albert Schmidt sich dem hiesigen Ersten Herrn Staatsanwalt mit der Erklärung gestellt habe, daß er der Verfasser des Artikels in der hiesigen Volksstimme gewesen sei, auf Grund dessen der Redakteur Müller wegen Majestätsbeleidigung zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wäre. Schmidt bekannte sich in vollem Umfang schuldig, so daß ein Wiederaufnahmeverfahren der Sache wohl außer Zweifel sein dürfte. (Die Nachricht ist insofern falsch, daß S. nicht erklärt hat, der „Verfasser“ des Artikels gewesen zu sein. Der Artikel ist (wie nachgewiesen werden kann) einer anderen Zeitung entnommen. Die betreffende Zeitung ist jedoch nicht genannt.)

Volkszeitung: Die That des Abgeordneten Schmidt fällt um so mehr ins Gewicht, als er mit Sicherheit einer langen Gefängnisstrafe entgegensteht, wenn er jetzt als Schuldiger in Anspruch genommen und nach denselben Gesichtspunkten verurteilt wird wie Müller. Die Teilnahme jedes Menschen, der nicht durch Parteileidenschaft gänzlich verblindet ist, wird ihm um seiner Selbsterhaltung willen sicher sein. Den weiteren Verlauf der sensationellen Angelegenheit wird man überall in Deutschland mit höchster Spannung verfolgen.

Vorwärts: Unser Parteigenosse Schmidt hat sich manhaft der Justiz selbst ausgeliefert. Er ist bereit, selbst Strafe auf sich zu nehmen, um selbst Magdeburger Richter zu üben, die Verurteilung eines Unschuldigen aufzuheben. Die That, die unser Genosse mitvoll auf sich genommen, wird zur Befreiung des Schuldlosen aus dem Kerker führen müssen.

Nachrichten aus der Provinz.

Burg. (Mordmord.) Die 27-jährige Ehefrau Emma Lütke ist in Haft genommen worden, weil sie im Verdacht stand, ihren zwei-jährigen Knaben getödtet zu haben. Sie soll bereits die That eingestanden haben.

Erfurt. (Ein 5-jähriges Mädchen vergewaltigt.) Sonnabend mittag verfiel auf der Zehershäuser Straße ein bis jetzt noch unbekannter Handwerksbursche an einem 5-jährigen Mädchen ein Sittlichkeitsverbrechen. Der Thäter ist entkommen.

Wentz. (Brandstiftung?) Die Schmüder'sche Windmühle im Dorfe Wulf braunte in der Nacht zum 14. d. M. vollständig nieder. Der Müller wohnte während dieser Zeit einem Berggipfel bei; man vermutet Brandstiftung.

Neuhaldensleben. (Blutvergiftung.) Ein folgenschwerer Fall von Blutvergiftung ereignete sich in diesen Tagen in Berlin in der Familie der Frau Pastor Schulze, welche vor wenigen Jahren von hier nach dort verzogen ist. Die älteste Tochter trat sich eine Wunde in den Fuß. Trotz sorgfältigster ärztlicher Behandlung verstarb die junge Dame an dem Unfall. Die Heerdigung erfolgte am Dienstag nachmittag in unserer Stadt.

Bereine, Versammlungen, Vergnügen.

Naturheilverein Neustadt. Freitag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Weißen Hirsch“, Frauenvertrag der Frau Kreichmaier über allgemeine Frauenarbeiten, deren Beschützung und Heilung.

Briefkasten.

Franz B., Weinstraßen. Ihr Schreiben ist unserem Annoncen-Archiv übergeben, welcher dem KHMacher Siebe, sobald er wieder in der Volksstimme inserieren sollte, auf sein Verhalten aufmerksam zu machen hat. — **M. W., Lendobroderweg.** Die Handlungsweise des Herrn Westering finden auch wir nicht schön, inwiefern hat er das getroffene Abkommen innerhalb der ihm zustehenden Frist aufgehoben. Da die Angelegenheit rein privater Natur ist, sehen wir von der Veröffentlichung des Inhaltendes ab. — **W. W., Nebenbodeleben.** Der Vertrag wird morgen besprochen. — **Restaurateur.** Dem Herrn W. sind die Parteiverhältnisse böhmische Wörter, er kann sich darüber gar kein Urteil bilden. Für Ihre Mitteilung besten Dank. Sie haben sich von einem eillen Schwärzer, der überall herumstänkert, behörden lassen. Vielleicht geben wir den Inhaltstand noch öffentlich bekannt. Gruß.

Meinen besten Dank denen, welche mir persönlich oder in Briefen ihre Teilnahme ausdrückten. A. B. Schmidt.

Letzte Nachrichten.

In der Küchenmöbelfabrik von Karl Lutz in Aldershof bei Berlin haben sämtliche Tischler wegen angeblich unbilligen Lohnabzugs am Dienstag die Arbeit eingestellt.

Wegen Lohnunterschieden haben die Arbeiter (Heim- und Werkstattarbeiter) der Lederwaren-Fabrik von Th. Marschall, Berlin, Mitterstraße 92, die Arbeit niedergelegt.

In der G. Moser'schen Parkettfabrik in Nürnberg sollten die Arbeiter die Arbeit niedergelegt werden, weshalb die Arbeiter die Arbeit niedergelegt.

Die Schmeide- und Maschinenarbeiter der Alliengeellschaft „Titan“ in Kopenhagen haben die Arbeit niedergelegt. Die Fabrik wollte alle Accorarbeit abschaffen und dafür eine ungenügende Stundenbezahlung einführen, ohne mit der Arbeiterorganisation verhandelt zu haben. Der Streik umfaßt 200 Arbeiter.

Achtung!
Der Sudenburger Musik-Verein Fortuna

hält seinen
Maskenball

am Sonntag, den 22. d. Mts., in Remedorf im Gasthof zum Deutschen Kaiser ab. Zur große Ueberraschung ist bestens geordnet. Anfang 8 Uhr. Karten sind bei sämtlichen Mitgliedern und im Lokal zu haben.
Der Vorstand.

Warnung!
An Stelle des bekannten und allbewährten echten **Dr. Thompsons Seifenpulver** werden den verehrlichen Hausfrauen von den Händlern oft minderwertige Produkte untergeschoben. Man achte deshalb beim Einkauf genau auf die Schutzmarke **„Schwan“**.
Heberall vorrätig.
Alleiniger Fabrikant:
Ernst Sieglin in Düsseldorf.

Buckau
Coquiststraße Nr. 17.
Filz-, Holz- und Gummischuhe
zu und unter Einkaufspreisen bei
Wilh. Wienecke
gegenüber der Porzellan-Manufaktur.
Empfehle täglich frisch:
ff. Safengefröse
ganze à 50 Pfg., halbe à 20 Pfg. in großer Auswahl.
E. Wieprecht
Breitweg 56.

Burg Freie Athletensch. Burg
Sonnabend, den 21. Januar 1898:
Grosser Maskenball
mit athletischen Aufführungen im festlich decorierten Saale des Herrn Lorenz (Hofjäger).
Eintrittskarten à 30 Pfennig
sind bei den Herren Kautzke, Untermühlen; Wäntner, Brahmstraße; Kelle, Holzstraße; Müller, Magdeburgerstraße; Trechler, Schartauerstraße und im Hofjäger.
An der Kasse werden alle Karten verabfolgt.
Saalöffnung 6 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.
Der Vorstand.
* Gute Gedeckener billig zu verkaufen. * Maskengarderobe billig zu verkaufen. *
Dunwald, Wallstr. 1, S. 1 T. r. | Hafenstraße 6, 1 T. r. Burg.

Wegen

Todesfall

Ausverkauf

des gesamten Lagers der Firma

L. Maerker

MAGDEBURG Br. Weg 80-81 Ecke Katharinenstr.

Geschäftsbestand seit 1862.

Preise-Auszug eines Teiles der zum Verkaufe stehenden

Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderoben:

Table listing various clothing items like Herren-Stoff-Hosen, Herren-Stoff-Anzüge, Zwirn-Mannshosen, etc. with prices per piece.

Knaben-Zwirn-Anzüge à 1.50, 1.75, 2.25 Mt. Knaben-Stoff-Anzüge à 2.25, 2.75, 3.00 Mt., hochfeine 4.50 Mt. Herren-Hemden, gestr. Lama, à 60 Pfg., prima 1.00 Mt.

Ambrosiusplatz Nr. 2. Sudenburg. In meinen beiden Filialen mit 5 großen Schaufenstern empfehle: Blumen leicht gefalzen, Blumen Altmaerker, ff. Schlachtwurst, Schinken im Querschnitt, Schinken, kleine, 5 bis 7 Pfd., Rippen-Speck fein mager, fetter Speck blendend weiß.

A. L. Mohr'sche Margarine für Wiederverkäufer zu Fabrikpreisen. ff. Kaffee's, gebrannt, rein schmeckend, à Pfd 60, 90, 100, 120, 160, 180 und 200 Pf.

W. H. Lange. Hefefischstr. 12.

Breiteweg 89/90. Kaufe man zu den denkbar billigsten Preisen: Aufbaum und Birken Möbel. Georg Mook Breiteweg 89/90.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren zu ganz billigen Preisen unter voller Garantie empfiehlt H. Hahnwald. V. Warzonski, Straße 14.

Wilhelm-Theater. Donnerstag, den 19. Januar 1899. Sein Erich. Stadt-Theater. Donnerstag, den 19. Januar, 7 Uhr: Alessandra Stradella.

Walhalla-Theater. Jeden Abend: Große Künstler-Spezialitäten-Vorstellung.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.

Ich habe einen größeren Posten von Resten in Kleiderstoffen, Warchenten, Leinwand, Bettzeugen usw., nur bessere Sachen, zum vollständigen Ausverkauf bestimmt. Julius Franko Magdeburg-Alte Post.

Flechten jeder Art, sowie alle anderen Auschlagskrankheiten. Zahnatelier Wilhelmstadt. Otto Danneberg. Küchenzettel des Lehrerrinnen- und Damenheims.

Cirkus-Theater. Neuer sensationeller Spielplan! Neue Schlager! Vorverkauf- und Saisonkarten sind gültig.

Achtung! Arbeiter! Hierdurch wird auf das Fernandgeschäft des Herrn Gust. Windhövel, Solingen, Kullerstr. aufmerksam gemacht. Solinger Stahlwaren.

Geübte Stepperinnen, Vorrichtner und Zuschneider. Herm. Grünberg & Co.

Gesucht werden: Auentgellicher Arbeitsnachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16): Schlosser, Buchbinder, Zimmerer, Gelbgießer, Cigarettenmacher, Emmentaler, Bäcker, Schmiede und Arbeiter für jede Arbeit.

Ungarische Dinge

Wp. Chemnitz liegt bekanntlich nicht in Ungarn, sondern im hellsten Sachsen; aber nach der jüngsten Leitung des antisemitischen Gemeinderats in Chemnitz ist eine gewisse Weistesgemeinschaft zwischen den „Deutschen“ und den Nachkommen der alten Hunnen unverkennbar: die berufsständische Wahlrechtsgliederung — ein anderes Wahlrecht für Arbeiter, ein anderes für Handwerker, ein anderes für die „gebildeten Stände“ usw. — diese neueste Kulturerrungenschaft von Chemnitz ist nur eine schwache Kopie dessen, was in Ungarn schon längst besteht.

Man urteile selbst.

Das Wahlrecht zum ungarischen Reichstag unterscheidet sich zwischen Stadt und Land. In den Städten haben das Wahlrecht alle Haus- und Grundeigentümer, die wenigstens einen Kleinertrag von 16 Gulden durch Grundsteuer versteuern. Auf dem Lande haben das Wahlrecht alle Bauerngutsbesitzer, die ein Besitztum von mindestens 8 bis 10 Joch, das sind 3 1/2 bis 4 1/2 Hektar, versteuern, und alle anderen Grundbesitzer, die mindestens die gleiche Steuer entrichten. Der Rest der Landbevölkerung hat ebenfalls ein Wahlrecht, aber ein anderes, ein indirektes: es wählen nämlich die Gemeinden, je nach der Größe, 1 bis 2 Wahlmänner. Von kommt die allgemeine Klasse der Besitzenden und des Mittelstandes: Haus- und Grundbesitzer, Kaufleute, Fabrikanten mit einem steuerbaren Jahreseinkommen von mindestens 105 Gulden, Handwerker mit gleichem Einkommen, oder die wenigstens für einen Gehilfen Erwerbsteuer bezahlen, alle, die sonst ein Einkommen von mindestens 105 Gulden in der ersten Klasse des Einkommensteuergesetzes oder mindestens 700 Gulden in der zweiten Klasse versteuern, Beamte mit einem Jahreseinkommen von mindestens 500 Gulden. Endlich die Klasse der Gebildeten, die folgendermaßen spezifiziert sind: Mitglieder der Akademie der Wissenschaften, Professoren, akademische Künstler, Doktoren, Advokaten, Ingenieure, öffentlichen Notare, Ärzte, Apotheker, Förster, Bergbauingenieure, Seelsorger, Kapläne, Gemeindepastoren, Schullehrer.

Die Kenntnis dieses ungarischen Wahlrechts ist unentbehrlich, um die parlamentarische Korruption in Ungarn zu begreifen; erst in zweiter Linie kommt das Wahlverfahren in Betracht. Der Wahlakt ist öffentlich, und zwar geschieht die Wahl in der Weise, daß jeder Wähler erst schriftlich einen Abgeordnetenkandidaten vorschlägt; ergibt sich aus den Zetteln, daß nur ein Kandidat vorgeschlagen wurde, dann ist er ohne weiteres gewählt, wenn nicht, erfolgt mündliche Abstimmung. Ein Gesetz über die Gültigkeit der Wahlen giebt es nicht. Das ist der parlamentarische Boden, auf dem Bauffy-Tisza nebst der gesamten liberalen Kamarilla ihre Organe feiern.

Den eigentlichen sozialen Boden für das parlamentarische Raubrittertum bildet der sogenannte Mittelstand. Dieser hunschechtigste Bevölkerungsteil, der zwischen den Mühlsteinen der kapitalistischen Produktionsentwicklung zerrieben wird, läßt sich in seiner Angst um die Existenz und seiner politischen Naivität ebenso leicht von träumerischen Ideologen zu begeisterten Thorheiten hinreißen, wie von geriebenen parlamentarischen Groschmähern zu ihren politischen Geschäftsspekulationen ausführen. Deshalb ist jedes Wahlrecht, das den Mittelstand mehr hervorhebt, als seiner Zahl entspricht, zugleich eine Begünstigung der sogenannten parlamentarischen Korruption. In allgemeinen ist diese am stärksten in den Anfängen der kapitalistischen Entwicklung, wo der soziale Berührungspunkt noch viel Stoff vorfindet und die Kapitalistenklasse sich erst emporarbeitet.

Das moderne Beispiel dafür ist Italien.

Ein geschichtliches Beispiel ist Frankreich unter Louis Philipp und Napoleon III. Auch in dem jetzigen Frankreich stützt sich das politische Raubrittertum aller Art, von Boulanger an und den Panamahelden bis auf die jetzigen Generalstäbler, auf den noch immer zahlreichen Mittelstand in Stadt und Land. Dagegen ist England, das sein Bauerntum noch vor dem Eintritt in die kapitalistische Vera mit Gewalt ausgemerzt und sein Kleinbürgertum längst verarbeitet hat, das Land der reinsten parlamentarischen Sitten; zugleich aber ist England auch das Land, in welchem das Großkapital mit der größten Machtvollkommenheit den Staat zu seinen Handzwecken ausnützt. Selbstverständlich spielen bei alledem auch politische und allgemein kulturelle Momente mit, die wir aber diesmal nicht erörtern können.

In Deutschland hat besonders Bleichröder gezeigt, wie man aus der Politik Geld macht; die geschäftsmäßige Ausbeutung der Handelspolitik besorgen hier vor allem die Agrarier; und auch an Ansätzen einer veritablen parlamentarischen Korruption hat es bekanntlich während der Gründerperiode nicht gefehlt. Wenn nun Deutschland dennoch bisher von großen parlamentarischen Skandalen in französischer Art verschont blieb, so hat es das in einem nicht unbedeutenden Grade der Ausnutzung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts durch die Sozialdemokratie zu verdanken. Die deutsche Sozialdemokratie hat die Arbeiter organisiert und in Gegensatz zu den bürgerlichen Parlamentarierpartei gebracht; da die Arbeiter immer mehr das numerische Uebergewicht erlangten, so wurde im gleichen Maße dem Mittelstand der politische Boden entzogen; zugleich zog die Sozialdemokratie durch ihr entschiedenes und unerbrochenes Vorgehen die besseren Kräfte des Kleinbürgertums an sich und übte durch ihre Agitation einen reinigenden Einfluß auf das gesamte politische Leben.

In Ungarn ist der kapitalistische Berührungspunkt der Gesellschaft in vollem Gange. Noch besitzt die Landwirtschaft ein großes Uebergewicht über die Industrie. Aber in dieser Landwirtschaft begegnen sich in schroffster Weise die Gegensätze zwischen einem mit allem kapitalistischen Raffinement arbeitenden Großbetrieb und einer verelendeten bäuerlichen Zwerghirtschaft. Auf 231 Grundherrschaften, denen jeder mehr als 10000 Joch oder 4300 Hektar besitzt, kommen 144400 Parzellenbauern mit unter 2 Hektar. In den Städten groß angelegte Aktiengesellschaften, Banken, Börsen u., auf dem Lande Kleinhändler und Kleinrentner. Eine Klasse von Agrarmagnaten, hochmütig, brutal, von schrankenlosem Machtverlangen, ein emporstrebendes Kapitalisten-tum, beutegierig, stumpflos, der Wahl seiner Mittel; die Masse der Bevölkerung im stumpfen Glend; und über den buntengewürfelten Mittelstücken ein moderner Mittelstand der Gebildeten. Das Parlament, unter Zugrundelegung des geschichtlichen Wahlrechts, besteht aus Grundherren, städtischen Hausbesitzern, Industriekrittern und Spekulanten, Stellenjägern mit einem kleinen Beimisch bürgerlicher Ideologen. Das ist die ungarische Ordnung; an der Spitze Bauffy, hinter Bauffy die Wahlmänner, hinter den Wahlmännern das Wahlverfahren und das Wahlrecht, hinter diesen die soziale Gliederung.

Wohl entsprechend diesem System ist auch der Kampf, der dagegen geführt wird. Er begann mit einer persönlichen Gegnerschaft gegen Bauffy. Es war Kluge gegen Kluge. Als er an Boden gewann und der Wiener in Oesterreich die Frage des sogenannten „Ausgleichs“ (des finanziellen und handelspolitischen Abkommens zwischen Oesterreich und Ungarn) zu einer großen Verlegenheit gestaltete, mischten sich materielle Interessen hinein; der Wunsch der Industriekritter, aus Ungarn ein selbstständiges Bollgebiet zu schaffen. Mit diesen zogen dann die liberalen Ideologen unter Führung von Kossuth (dem Sohn des Vaters) ins Feld. Diese schwärmen für ein unabhängiges Ungarn als solches. Ihr zweites Wort ist: „die 18er Traditionen“ — über die Traditionen kommen sie nicht hinaus, sie leben in der Vergangenheit.

Welches sind die Kampfmittel? Obstruktion! Allein Obstruktion führt noch nicht zum Sturz des Systems, sondern erst zur Lahmlegung des Parlamentarismus. Was weiter? Steuerverweigerung! Allein dieses Mittel hat bereits versagt. Seit dem 1. Januar hat die ungarische Regierung kein Recht mehr, Steuern zu erheben — allein die Steuern fließen reichlicher ein, als je zuvor, trotzdem die Regierung auf Steuererleichterungen verzichtet hat. Bis zum 9. Januar sind in Budapest 1088453 Kronen Steuern eingezahlt worden, an 834522 Kronen mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres; ähnliche Zahlen kommen aus der Provinz. Die Geldleute, die Industriekritter, die Hauseigentümer, die Großgrundbesitzer, alle reichen Leute sind eben auf Seiten der Regierung. Nur die Handwerker in Budapest haben gegen die Steuererhebung protestiert. Und dann bleiben noch, außer den direkten Steuern, die indirekten Auflagen; der Anteil am Zollvertrage, das Tabakmonopol, das Salzmonopol, die Getränkesteuer, der Ertrag der Eisenbahnen, der Post und Telegraphie u. Diese Einkünfte kann man gar nicht hindern, und sie bilden den weitaus überwiegenden Teil des Budgets. An eine Inhibierung der Rekrutenaushhebung kann auch nicht im Ernst gedacht werden.

Worauf stützt sich die Opposition außerhalb des Parlamentes? Die einzig wirksame Unterstützung könnten ihr die Volksmassen verschaffen. Um diese in Bewegung zu setzen, müßte man die Frage des allgemeinen, gleichen Wahlrechts in den Vordergrund stellen. Dies ist auch das einzige Mittel, der parlamentarischen Mißwirtschaft mit der Zeit ein Ende zu bereiten. Allein hier geht bereits die vereinigte Opposition in die Brüche: die Nationalpartei will nicht einmal von einer Herabsetzung des Censur etwas hören. Einzig die Unabhängigkeitspartei unter Kossuth tritt für Demokratisierung des Wahlrechts ein, doch auch für diese ist es bloß ein Schankstück, und weit mehr Wert legt sie auf eine juristisch-formale Anerkennung eines „unabhängigen Ungarns“. Nach den letzten, dem Schreiber dieser Zeilen zugegangenen Meldungen soll sie auch bereits ihre Wahlrechtsreform auf die bescheidene Forderung „einer Ausgleichung der jetzt bestehenden Ungleichheiten des Censur, ohne auf eine Herabsetzung des Censur einzugehen“, reduziert haben.

Unter diesen Umständen ist an eine Aenderung des Systems in Ungarn nicht zu denken, wenn auch Bauffy gestürzt werden mag. Aber ein Fortschritt wird durch die Obstruktion doch erzielt: indem sie das herrschende System und sich selbst in Mißkredit bringt, bereitet sie den Boden für die Sozialdemokratie. Die Oppositionsparteien gehen auch soweit, die Sozialdemokratie direkt mit in die Aktion hineinzubeziehen. Wenn die Leser das lesen, werden wohl auch bereits die telegraphischen Meldungen eingetroffen sein: von den Volkskundgebungen in Budapest, die für Sonntag, den 15. Januar geplant waren und an denen auf Einladung der parlamentarischen Oppositionsparteien auch die Sozialdemokratie teilnahm. Diese wird, wie das sich schon aus ihrem bisherigen Verhalten ergibt, die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, um dem Volk über das ganze System die Augen zu öffnen. Die Zeit wird kommen, wo auch in Ungarn die Sozialdemokratie das Oberwasser gewinnt, die an Stelle der Obstruktion die Organisation setzen wird.

Aus der Parteibewegung.

Ein sozialdemokratischer Vertrauensmann als Polizeispiegel. Im Vorwärts lesen wir: Gerichten zufolge soll der sozialdemokratische Vertrauensmann für den sechsten Wahlkreis (Noabit), Grätsche, Kirchstr. 22, als Polizeispiegel entlarvt worden sein. Die Sache selbst verhält sich, wie aus Parteitreuen geschrieben wird, folgendermaßen: Der Genosse Eugen Ernst wurde am 3. Dezember von Frau Grätsche per Fernsprecher aufgefordert, zu ihrem Mann zu kommen. Als Ernst dort erschien, teilte Grätsche ihm mit, daß er am Donnerstag, den 1. Dezember, mit einem Kriminalbeamten herumgefahren und dabei sich schwer gezeichnet habe. Am Morgen des 2. Dezember sei der Beamte in Grätsches Wohnung gekommen und habe von ihm verlangt, er solle seinem Verprechen, ihm Nachrichten über die Parteiverhältnisse zu verraten, nachkommen. Grätsche sei über dieses Verlangen erstaunt gewesen. Darauf habe ihn der Kriminalbeamte ein Schriftstück mit Grätsches Unterschrift hingehalten, in welchem dieser sich bereit erklärt, der Polizei Dienste gegen die Sozialdemokratie zu leisten. Dafür habe er bereits eine Bezahlung von 60 Mark angenommen. Grätsche habe dies bestritten. Darauf soll der Beamte gelacht haben, daß sich in Grätsches Westentasche noch die 60 Mark befinden müßten, die dieser dann auch wirklich vorgefunden haben will. Dies Vergehen habe ihm keine Ruhe gelassen, bis er es dem Genossen Ernst eingestanden. Soweit die Erklärung Grätsches. Genosse Ernst erklärte auf Befragen Grätsches, was er thun solle, daß es nur eins gäbe, von allem zurücktreten. Dazu erklärte er sich bereit. Grätsche hat nach Lage der Sache mit der Partei nichts mehr zu thun. Im übrigen müssen wir es den Parteigenossen überlassen, ihr Verhalten nach obigem einzurichten. Die Geschäfte der Partei hat bis auf weiteres der frühere Vertrauensmann Johann Piarr, Pultitzerstr. 10, übernommen.

Nachdem am Sonnabend die Minister sich in Budapest über ihre Stellung zu den Forderungen der Opposition beraten, sind sie nach Wien abgereist. Hier wird sich nun definitiv das Schicksal der Regierung erfüllen. In Wien hat am Sonntag vormittag bereits eine einflussreiche Konferenz unter Vorsitz des Kaisers stattgefunden. Der Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie, der zu Weihnachten stattfinden sollte, ist bekanntlich verboten worden. Die Parteileitung veröffentlicht nun eine Art Rechenschaftsbericht. Von Interesse in dem Bericht ist die mitgeteilte Statistik der Polizei- und Gerichtsbrutalitäten. Es heißt da:

44 Arbeiter wurden von Gendarmen getötet.

11 Arbeiter von Gendarmen verwundet.

Hausdurchsuchungen wurden in 51 Städten bei mehreren hundert Arbeitern gehalten.

Bersammlungen wurden verboten in 56 Städten und Gemeinden.

Verhaftet und längere Zeit in Untersuchung gehalten wurden 259 Arbeiter.

Ausgewiesen und abgehoben wurden 216 Arbeiter aus 32 Städten und Gemeinden.

Auf brutale Weise im Gefängnis blutig geschlagen wurden 31 Arbeiter.

Kerkerstrafen erhielten die Genossen zusammen 46985 Tage.

Gefängnisstrafe 12590 Tage.

Staatsgefängnisstrafe 2920 Tage.

Zusammen: 62495 Tage oder 171 Jahre und 80 Tage.

Geldstrafen wurden auf 33504 Kronen bemessen. Statuten wurden an 21 Städte und Gemeinden ohne Genehmigung zurückgeschickt.

Bereine aufgelöst 28.

Das ist der Kommentar, den die ungarischen Arbeiter zu den liberalen Lobeshymnen über den konstitutionellen Musterstaat Ungarn zu liefern haben.

Das Komitee der vereinigten sozialistischen Gruppen Frankreichs beschloß einen Aufruf an die englischen Arbeiter im Interesse der Erhaltung des Friedens zu richten. Der Aufruf kritisiert die Politik der herrschenden Klassen in Frankreich und England, die die Arbeiter täuschen, fordert zur Propaganda für Erhaltung des Friedens auf und schließt: Es lebe der Frieden unter den Völkern, es lebe das Weltproletariat! Zum internationalen Arbeitermeeting in London am 8. März wurde Saurès delegiert.

Parlamentarische Nachrichten.

41 Initiativanträge sind im Reichstage nach der jetzt veröffentlichten Uebersicht eingebracht worden, darunter 6 vom Centrum, 2 von den Konservativen, 8 von den Sozialdemokraten, 10 von der Freisinnigen Volkspartei, der Freisinnigen Vereinigung und der deutschen Volkspartei, 11 von den Nationalliberalen, 3 von den Antisemiten und 3 von fraktionslosen Abgeordneten.

Von nun an müssen Petitionen an den Reichstag, wenn sie Berücksichtigung finden sollen, an das Bureau des Reichstages, nicht an einzelne Abgeordnete gerichtet werden.

Das Reichspostamt ist, wie die Münchener Allgemeine Zeitung erfährt, mehrfachen, aus den Kreisen des Handels und der Industrie kundgegebenen Wünschen auf Einführung von Briefmarken in höheren Wertbeträgen, als bisher ausgegangen, näher getreten. Dabei ist eine vollständige Umgestaltung des Freimarktenwesens in Erwägung gezogen worden. Die Schaffung höherer Postmarkenwerte wird aber noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Soziale Bewegung.

Inland.

Beachtenswert ist die Stimmung im Verband der christlichen Textilarbeiter in Krefeld. Am 14. Januar sprach Herr Direktor Thoh in einer Verbandsversammlung über den Streik und hielt es für seine Pflicht, folgenden Vorschlag zu machen: Die Mitglieder des Verbandes erklären sich bereit, die neue Lohnliste probeweise anzunehmen, unter folgenden Bedingungen: a) Es ist keine endgültige Anerkennung der neuen Liste, sondern ausschließlich eine Probe; b) eine Kommission von 18 Mitgliedern unseres Verbandes prüft und vergleicht, zugleich mit der Geschäftsstelle, die neue Liste mit der alten und stellt deren Mängel fest; c) nach Wunsch kann jedem Mitglied aus der Verbandskasse der Verlust vergütet werden, den diese Kommission bei dem Wert des betreffenden Webers konstatiert hat. — Die Kölnische Volkszeitung berichtet über die Stimmung in der Versammlung: In der Besprechung dieses Vorschlages wurde die gute Absicht desselben anerkannt, aber für die Ausführung desselben erhob sich kaum eine einzige Stimme; vielmehr drang die Absicht durch, die Mitglieder sollten vorläufig die Kündigung aufrecht erhalten, da die neue Liste besonders in einigen besseren Fabriken zu große Nachteile für die Weber habe; andererseits erklärten sich die Mitglieder bereit, vorläufig auf jede Unterstützung zu verzichten. —

Die Weber der Baumwollweberei Gebrüder Sanders in Bramsche (Provinz Hannover) haben ihre Kündigung eingereicht und dürfte am 28. Januar nach Ablauf der Kündigungsfrist das gesamte Personal in den Ausstand treten. Der Konflikt ist ein für die Firma recht beschämender. Die Arbeiterschaft wünschte nur zu wissen, welcher Stücklohn gezahlt werde und verlangte deshalb unzweideutig feste Lohn tabellen. Gegen diese Wünsche lehnt sich der Unternehmer trotz auf. Deshalb muß es wegen so kleinlicher Dinge zum Kampfe kommen. —

Eine am Sonntag in Zwickau abgehaltene Bergarbeiterversammlung beschloß, Schritte wegen Erlangung einer zehnprozentigen Lohnerhöhung und wegen Einführung einer zehnstündigen Schichtzeit zu thun. —

Zur Lohnbewegung der Steinseher. Die Mainzer Pflasterer, welche im verfloffenen Sommer die Befestigung der Accorarbeit erzielt hatten, bei Eintritt des Winters jedoch das Herrichten der Pflastersteine wieder in Accord ausführen sollten, haben mit ihrem Widerstand gegen diese Zumutung insofern schon einen Erfolg erzielt, als von den in Betracht kommenden drei Meistern zwei einen Teil ihrer Leute diese Arbeit jetzt ebenfalls im Tagelohn ausführen lassen. Nur der dritte Meister weigert sich; dieser beschäftigt jedoch keine Arbeiter. In Leipzig und Wolfenbüttel sind die Steinseher ebenfalls in die Lohnbewegung eingetreten. In Leipzig fordern dieselben außer einem Stundenlohn von 55 Pfennigen die neunstündige Arbeitszeit, wegen der bereits 1895 ein Streik stattfand, der jedoch nur eine Lohnerhöhung zur Folge hatte. Die Wolfenbütteler Steinseher fordern 45 Pfennig Stundenlohn. — Die Wiesbadener Pflasterer verlangen vom 1. April ab für Junggefelln 40—48 Pfennig, für ältere Gesellen 50 Pfennig Stundenlohn. —

Die Metallarbeiter Schleswig-Holsteins, Sübbeds und Hamburgs hielten Sonntag, den 15. Januar, in Neumünster ein Konferenz ab, die außerordentlich gut besucht war. Die für den Metallarbeiter-Verband zur Zeit zu einer aktuellen Frage gewordene Arbeitslosen-Unterstützung wurde eingehend erörtert, ein Antrag zu Gunsten derselben mit 24 gegen 3 Stimmen angenommen. —

Der Verein der Elektro-Monteurs in Hamburg hat in einer Generalversammlung, an der zwei Vertreter aus Dresden teilnahmen, folgende Resolution angenommen: „Die Generalversammlung der Elektro-Monteurs Hamburgs ist der Ansicht, daß eine Verbesserung und Sicherstellung der Monteurs nur durch eine Central-Organisation Deutschlands möglich ist und beschließt gleichzeitig mit den Vertretern des Dresdener Verbandes, daß mit den übrigen Verbänden in Verbindung zu treten sei, um eine Central-Organisation für Deutschland zu gründen.“

Die Auflösung der Zahlstelle des Verbandes der nichtgewerblichen Arbeiter in Frankfurt a. M. ist vom Gericht vorläufig aufgehoben, weil das Polizeipräsidium die gesetzliche Frist, in welcher dem Gericht nach § 16 Abs. IV die Schließung des Vereins angezeigt werden mußte, nicht innegehalten hat. Die Entscheidung, ob in dem vorliegenden Fall die gesetzlichen Fristen eingehalten sind, bleibt dem Gericht vorbehalten. —

Zu einem ernstlichen Konflikt zwischen den Arbeitnehmer-Beisitzern und dem Gewerbegerichts-Vorsitzenden kam es in der letzten Sitzung des Oberfelder Gewerbegerichts. In der letzten Zeit kam es sehr häufig vor, daß die Urteile ohne eine vorherige Beratung seitens des Gerichts gefällt wurden, trotzdem von den Arbeitnehmer-Beisitzern Beratung gewünscht war und ohne daß zum Teil diese Beisitzer überhaupt gefragt worden waren. In der Sitzung am Freitag stellte nun ein Arbeitnehmer-Beisitzer nach der öffentlichen Verhandlung einer Sache den Antrag dieselbe zur Beratung zu stellen. Als diesem Antrag nicht stattgegeben wurde, und als ohne die Arbeitnehmer-Beisitzer gefragt zu haben, der Vorsitzende das Urteil verkündete, verließen die Arbeitnehmer unter Protest den Sitzungssaal. —

Der Mangel an kleinen Wohnungen in Charlottenburg über den schon seit mehr als Jahresfrist geklagt wird, und der immer deutlicher in Gestalt von Mietssteigerungen zu Tage tritt, macht sich jetzt auch in den Kreisen des kleinen Beamtenums bemerkbar. Unter den Charlottenburger Gemeindebeamten ist kürzlich eine Privat-Enquete über Mietssteigerungen aufgenommen worden, welche sich auf 149 Wohnungen erstreckte. 107 von diesen waren seit dem 1. April 1898 ansteigert worden, und zwar durchschnitt-

lich um 64.6 Mark oder um 17 Prozent des früheren Mietpreises. Unter den 149 Wohnungen befanden sich 84 mit Mieten unter 400 Mark jährlich. —

Ausland.

Seit sechs Wochen befinden sich die Former des Werkes Stöbert u. Dol in Stavanger in Norwegen im Streik. Die Direktion hat einen Vorschlag um Einigung zurückgewiesen und hat versucht, in Norwegen, Schweden und Dänemark Streikbrecher anzuwerben, jedoch ohne den geringsten Erfolg. Ein Agent, der sich auf der Reise nach Deutschland befindet, wird in nächster Zeit versuchen, dort Former zu engagieren. Etwasige Anfragen sind zu richten an A. Olsen, Stavanger, Norwegen, Dvere Strandgd. 107.

Die Frauenpost.

Ueber die Lohnarbeit schulpflichtiger Kinder

wurde am Sonntag im „Berliner Frauenverein“ verhandelt. Das Referat hatte Lehrer K. Agahd (Mildorf), der bekannte unermüdbare Vorkämpfer auf diesem Gebiete, übernommen. Um den Umfang und die Schäden der erwerbsmäßigen Kinderarbeit zu zeigen und die Notwendigkeit einer Abhilfe zu begründen, gab er einen Ueberblick über das hierher gehörige, jetzt reichlich genug vorhandene statistische Material, auf dessen nochmalige Wiedergabe wir verzichten, da es auch den Lesern der Volksstimme aus wiederholten Besprechungen hinreichend geläufig sein dürfte. Bemerkenswert ist, daß Herr K. festgestellt hat, daß die Kinder von den fremden Arbeitgebern mehr ausgenutzt werden als von den Eltern. Bekanntlich wird vielfach behauptet, daß in der Mehrzahl der Fälle die Eltern ohne Not ihre Kinder zur Erwerbsarbeit anheften und ausbeuten. Aus den Beispielen, durch die der Referent die Schäden solcher Erwerbsarbeit in gesundheitlicher, unterrichtlicher und sittlicher Hinsicht zu beleuchten suchte, seien drei mitgeteilt. Herr K. hat unter anderem ein Kind kennen gelernt, das von morgens um 4 bis nachts um 1 thätig sein mußte, arbeitend, am Schulunterricht teilnehmend und wieder arbeitend. Ein dreizehn-jähriger Junge, der morgens um 3 aufstehen mußte, schlief in der Schule vormittags um 9 ein, schlief um 10 noch durchschlief trotz allem Lärm die große Pause und war auch bei Beginn der nächsten Stunde noch nicht erwacht. Ein Kind, das in der Friebrichstraße Schächchen feilhielt, brach plötzlich auf der Straße zusammen — Herr K. versicherte, selber dabei gewesen zu sein — mit den Worten: „Ein Sechser das Schächchen!“ wurde in eine Droschke gepackt und nach der Unfallstation geschafft. Gegenüber so furchtbarem Elend glaubten auch die Damen des „Berliner Frauenvereins“ „etwas thun“ zu müssen Herr K. legte ihnen eine Resolution vor, die, in Anlehnung an die Beschlüsse der 1898er deutschen Lehrerversammlung, die Arbeit schulpflichtiger Kinder gegen Lohn für verwerflich erklärt, im Prinzip ihre völlige Beseitigung fordert, zunächst aber, so lange die sozialen Verhältnisse das unmöglich machen, eine erhebliche Einschränkung vorschlägt (Ausschluß bestimmter Altersklassen und Tageszeiten, ferner der Accorarbeit, der Doppelbeschäftigung, bestimmter Verufe usw.) und eine entsprechende Ausdehnung der staatlichen Aufsicht bezw. eine Erweiterung der Arbeiter-ehulz-Gesetze empfiehlt. Von anderer Seite wurde beantragt, den in diesem Monat zusammentretenden Städtetag um Beratung dieser Frage und Prüfung von Mitteln zur Abhilfe (eventuell Beschaffung von Erwerbsgelegenheit) zu ersuchen; außerdem sollten die Mitglieder des Vereins eine Sperre über diejenigen Geschäftsleute verhängen, welche Milch, Backware, Zeitungen usw. durch Kinder anstragen lassen. In der Diskussion wurde die übliche Privatwohlthätigkeit (Besuche bei den Eltern beschäftigter Kinder, nötigenfalls Unterstützungen) empfohlen. Lehrer Fiedler (der auf der 1898er deutschen Lehrerversammlung das Referat über die Lohnarbeit schulpflichtiger Kinder hatte) erklärte — ebenso, wie in seinem Vortrage Herr Agahd — daß hier, wo es sich um eine Forderung der Gerechtigkeit handle, von bloßen „Werken der Liebe“ nicht die Rede sein könne. Die Agahdsche Resolution sowie die Petition an den Städtetag wurden angenommen, doch wurden dem Vorstande textliche Aenderungen vorbehalten. Den Antrag auf Sperre ließ die Vorsitzende unter den Tisch fallen. Schließlich wurde noch eine Kommission gewählt, die sich weiter mit der Sache beschäftigen soll. Wir sind nicht gespannt darauf, was die Damen aushecken werden. Daß sie das einzige, was hier helfen kann — eine gründliche Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse — nicht empfehlen werden, das steht im Voraus fest. —

Die Petition der italienischen Frauen für die bessere Behandlung der politischen Verurteilten hat bereits 68 000 Unterschriften erhalten. Sehr viele Frauen aus allen Kreisen haben auch die Petition unterzeichnet, welche volle Amnestie für alle wegen der Maimorde des letzten Jahres Verurteilten fordert. Die Bewegung zu Gunsten der Amnestie ist zu einer tiefen Volksbewegung geworden, die weder durch die behördlichen Maßregeln, noch durch den neulichen Gnadenerlaß des Königs aufgehalten werden kann. —

Eine ungarische Baumeisterin. In Bistritz in Siebenbürgen ist schon seit sechs Jahren Fräulein Erika Paulas als Baumeister thätig. Ihre Pläne haben in zahlreichen öffentlichen Konkurrenzen den Sieg davon getragen und viele sind ausgeführt worden. In ihrem Bureau arbeiten zwei Bauzeichnerinnen und sechs weibliche Lehrlinge.

Die Gründung einer Frauenuniversität in Indien wird geplant. Zwei Schwestern, Marion und Ellen Stone, halten sich als Vertreter des Newham College, Cambridge, in Bombay auf, um die nötigen Maßnahmen zur Errichtung der Frauen-Universität zu treffen. Man hofft außerdem, später eine Hochschule für das medizinische Studium der Frauen in Madras zu gründen. Sie soll nach dem Muster des Colleges organisiert werden, was kürzlich in Louisiana in Nordindien eröffnet worden ist. —

Die erste Doktorin in Peru. Nach dem Comercio von Lima erwarb kürzlich an der philosophischen Fakultät der Stadt Fräulein Laura Estrella Rodriguez den

Doktorhut. Sie ist die erste Frau, welche die höchste akademische Würde erlangte, die es in Peru giebt. Ihre Dissertation behandelt ein geologisches Thema und soll, ihrer wissenschaftlichen Bedeutung wegen, in den Annalen der Universität von Lima veröffentlicht werden. Fräulein Rodriguez hat dem Gynäkologen Dr. Corpancho vier Jahre lang im Hospital de Sta. Ana assistiert und sich bedeutende medizinische Kenntnisse erworben. Ihre Studien machte sie immer in Begleitung ihres Bruders, Dr. Abraham de Rodriguez.

Gerechtliche Urteile.

Schwurgericht Magdeburg.

Verhandelt wurde am Montag gegen den Maurer Wilhelm Mustenbach aus Wolmirstedt, geboren 1871, wegen Urkundenfälschung und wissenschaftlichen Meineids. Der Angeklagte war im Jahre 1896 bei einem Viehhändler beschäftigt und zog auch für diesen Gelder ein. Nun hatte der Handelsmann einem Ehepaar 2 Schweinechen im Preise von 33 Mark auf Kredit gegeben und es war vereinbart, daß dieselben entweder an den Gläubiger selbst oder an den Angeklagten zahlen sollten. Da der Händler aber kein Geld erhielt, wurde er klagbar. Die Schuldner wendeten ein, sie hätten im November 1896 15 Mark abschlägig an Mustenbach gezahlt, und zwar habe ihm die Ehefrau das Geld übergeben. Am 17. Februar 1898 wurde der Angeklagte vor dem Amtsgericht zu Wolmirstedt als Zeuge vernommen, bekundete, er habe von den Schuldner kein Geld empfangen und bekräftigte dies mit dem Eide. Ferner soll Mustenbach im November 1896 eine Quittung fälschlich angefertigt haben. Der Angeklagte behauptet, er sei sich keiner Schuld bewußt und begann die Vorgänge, die zur Erhebung der Anklage geführt haben, näher darzustellen, wobei er auf seine angeblich intimen Beziehungen zu der Frau des Schuldners zu sprechen kam. Aus diesem Grunde sah sich der Gerichtshof genötigt, die Öffentlichkeit während der Dauer der Verhandlung auszuschließen. Durch das Verweigerergebnis überzeugten sich die Geschworenen nicht in allen Punkten von der Schuld des Angeklagten, verneinten die Schuldfrage wegen Meineids, bejahten die wegen Urkundenfälschung, und der Gerichtshof strafe Mustenbach mit 2 Monaten Gefängnis, von denen 1 Monat durch die Untersuchungshaft für verbüßt erklärt wurde. —

Gewerbegericht Magdeburg.

Ohne Kündigung wurde der Schachtmeister M. von der Firma Schüttele u. Schuster entlassen. Er verlangt für vierzehn Tage 72 Mark Entschädigung, einigt sich aber mit der Beklagten auf 36 Mark, die letzterer zu zahlen hat.

Wer ist Arbeitgeber? Die Arbeiter H. und K. wurden von dem Vorarbeiter Kempfe engagiert, mit drei anderen einen Kahn für die Firma Brandt u. Knoche zu löchen. Der Accordpreis betrug 58.35 Mark, so daß auf jedem 11.67 Mark kamen. Die Beklagte bestreitet, Arbeitgeber zu sein, vielmehr sei Kempfe, der die Leute annehme und auszahle, Arbeitgeber. K. ist auch der Ansicht, daß er Arbeitgeber sei, den Lohn erhalte er aber von der Firma. Außerdem wendet letzterer ein, die Kläger seien nicht pünktlich zur Arbeit gekommen, so daß er andere Leute annehmen mußte. Die Kläger erhalten ihren Anteil von 11,67 Mark, weil sie nicht beschäftigt wurden, zugesprochen. Das Gewerbegericht ist der Ansicht, daß die Firma Arbeitgeber sei, K. sei lediglich Vorarbeiter und nicht als Unternehmer anzusehen. —

Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich am Montag der Arbeiter Albert Stendara vor der ersten Strafkammer am Landgericht 1 Berlin zu verantworten. Der Angeklagte ist ein Pole und dabei ein gedankenloser Schwärzer. Im November war in der Fabrik von Siemens u. Halske in Charlottenburg, in welcher der Angeklagte arbeitete, von dem Attentat die Rede, welches der Italiener Lucheni an der Kaiserin Elisabeth verübt hat. Der Angeklagte wußte einige Redensarten dazwischen, welche schwere Beleidigungen des Kaisers enthielten und dabei eine völlige Bissigkeit derartiger Bluthäien zum Ausdruck brachten. Die Sache wurde sofort zur Anzeige gebracht, der Mann wurde in Untersuchungshaft genommen, in welcher er zwei Monate zugebracht hat. Wegen der Gröblichkeit der Beleidigung erkannte der Gerichtshof nach dem Antrage des Staatsanwalts auf ein Jahr Gefängnis. —

Nach zweitägiger Verhandlung verurteilte das Offenburger Schwurgericht den Landwirt Kormmayer von Oberharmsbach wegen Ermordung seines Stiefbruders zum Tode. Die Geschworenen beschloßen, den Angeklagten der Gnade des Großherzogs zu empfehlen. —

Den Maurergesellen M. zu Palungen i. M. überkam durch die Lektüre der Reisebeschreibungen die Sehnsucht nach dem heiligen Lande. Kurz entschlossen hob er von der Sparkasse eine Einlage von 800 Mark ab und dampfte los. In Jerusalem waren ihm aber bald die Mittel ausgegangen, und da er sich darüber untröstlich zeigte, wurde von dem dortigen deutschen Konsulat der Behörde mitgeteilt, daß der Mann geisteskrank sein müsse. Er wurde zurückbefördert und in Bremen ans Land gesetzt. Die Jerusalemreise endete damit, daß man den reiseflüchtigen Maurer wegen Bettelns (!) verhaftete und ihn zu einer Haftstrafe verurteilte. —

Gemeinde-Zeitung.

Anlagen auf dem Nothhorngelände.

Für die weitere Ausführung von Anlagen auf dem Nothhorngelände für das Jahr 1898 sind wieder 15 000 Mark aus Sparkassenüberschüssen beantragt. Es werden folgende Anlagen geplant: 1. Die Anlage eines Fußweges auf der östlichen Seite der Tauben Elbe zwischen der hölzernen Fahrwegbrücke am Steinbaum und der steinernen Fahrwegbrücke, Kostenpunkt 2106 Mark. Durch diesen Weg wird das Ufer der neu regulierten Tauben Elbe dem Publikum zugänglich gemacht; 2. die Beseitigung der un-

gefähr 200 Kubikmeter betragenden, von der ersten Ausschachtung der Tauben Elbe herrührenden Sandmassen auf dem Sandwerder, Kostenpunkt 1600 Mark; 3. die Weiterführungen der Anpflanzungen, und zwar: a) auf dem Sandwerder zwischen dem Seilertweg und der Tauben Elbe einen bisher in gärtnerischer Beziehung vollständig vernachlässigten Teile des Hochuferlandes. Die zu bepflanzen Fläche beträgt 5000 Quadratmeter, Kostenpunkt 6500 Mark; b) an den Ufern der Tauben Elbe und zwar nicht nur auf der Ostseite, wo der Fußweg schon jetzt angelegt werden soll, sondern auch entlang des ganzen westlichen Ufers von der Holzbrücke an bis zur Willeisen Restauration. Während das östliche Ufer vorwiegend Strauchpflanzungen in wechselförmiger Ordnung erhalten soll, wird für die westliche Seite die Pflanzung hochwachsender Gehölze beabsichtigt, um einen später auch an dieser Seite anzulegenden Fußweg zu einem schattigen Promenadenweg auszubilden. Die für Strauchpflanzungen bestimmten Flächen nehmen 1500, die für Baumplantagen bestimmten 2000 Quadratmeter ein, der Kostenpunkt für die ersteren beträgt 1800 Mark, für die letzteren 2200 Mark; c) endlich wird noch die Vervollständigung eines auf den Wiesen vor dem Fort XII bereits angelegten Gruppenplatzes, an dem der später anzulegende Fahrverbindungswege zwischen Schanzendamm und der Willeisen Restauration vorüberführen wird, empfohlen, Kostenpunkt 780 Mark.

Die Haushaltspläne des Gas- und Wasserwerks sind der Stadtverordneten-Versammlung jetzt ebenfalls zugegangen. Der Haushaltsplan des Gaswerks schließt mit 510 587 Mk. Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben ab, der den im Haushaltspläne für 1898/99 angenommenen um 61 306,10 Mk. übersteigt. Durch Ersparnis bei Herabsetzung der Vergütung für Gasplüchsbrenner von 8 auf 6 Mk. ergibt sich die Summe von 9780 Mk., so daß sich ein Ueberschuß aus dem Gaswert von rund 75 000 Mk. ergibt. Dieses günstige Ergebnis ist darauf zurückzuführen, daß die Verwaltung der Gas- und Wasserwerke mit Erfolg bemüht gewesen ist, die Gaszerzeugungskosten auf das geringste Maß zu beschränken, daß die unrentable Anlage der Haus- und Steigeleitungen in die Häuser, die mietweise Abgabe von Koch- und Plättapparaten, sowie die Herstellung von Deckelungen gegen Abzahlung (Entnahme des Gases durch Automaten mit 2 Pfg. Aufschlag für das Kubikmeter) das Gas in Kreise hat dringen lassen, die ihm bis dahin verschlossen gewesen waren, und endlich darauf, daß hier wie anderwärts der Wettbewerb des elektrischen Lichts nicht zu einer Verringerung der Gasabnahme, sondern zu einer allgemeinen Steigerung des Lichtbedarfs und dadurch auch zu einer Vergrößerung der Gasabgabe Veranlassung gewesen ist. Die Anträge auf Neuaufstellung von Gasmessern gehen immer noch in großer Zahl ein, so daß ihnen nur nach und nach entsprochen werden kann. Auf Grund der bis einschließlich Oktober vorliegenden Monatsberichte sind gegen das laufende Jahr 318 000 Kubikmeter für Leuchtgas, 1 016 000 Kubikmeter für Heizgas und 69 000 Kubikmeter für Kraftgas mehr in Einnahme gestellt worden. Der Haushaltsplan des Wasserwerks weist bei 758 000 Mk. Einnahme und 505 771,81 Mk. Ausgabe einen Ueberschuß von 162 225 Mark 19 Pfg. auf (68 690,40 Mk. mehr als im Vorjahre), derjenige der Werkstatt der Gas- und Wasserwerke bei 1 022 600 Mk. Einnahme und 1 007 000 Mk. Ausgabe einen Ueberschuß von 15 500 Mk. (12 500 Mk. mehr als im Vorjahre) auf. Dem Vorschlage der Stadtverordneten-Versammlung, an Stelle der einmonatlichen Gasrechnungen solche über zwei oder mehrere Monate anzustellen, konnte aus verschiedenen praktischen Gründen nicht beigetreten werden; der Magistrat empfiehlt, die monatliche Ausstellung der Gasrechnungen beizubehalten. Die Wasserrechnungen werden allerdings auf drei Monate ausgestellt, allein die Abnehmer sind geringer an Zahl und deshalb leichter zu übersehen; da sie fast alle Hausbesitzer sind, ist die Gefahr größerer Ausfälle nicht vorhanden.

Neuorganisation des Kanalarbeitungswesens.

Der Stadtverordnetenversammlung ist eine Denkschrift, betreffend die anderweitige Organisation des Kanalarbeitungswesens nebst Zusammenstellungen des gegenwärtigen und des zukünftigen Kanalarbeitungsbetriebes zugegangen. Der Magistrat hebt dabei hervor, daß über die Notwendigkeit eines geregelten Kanalarbeitungsbetriebes und die Geeignetheit des gegenwärtigen Zeitpunktes, mit der Einführung eines solchen vorzugehen, um die hygienischen Vorteile des der Vollendung nahen, mit großen Opfern hergestellten Kanalsystems zu sichern und das Kanalarbeitungswesen der Verschleppung auszusetzen, kein Zweifel obwalten könne. In der Hauptsache handelt es sich darum, daß die jetzt der Straßenreinigungsverwaltung unterstellte Kanalarbeitung der Tiefbauverwaltung übertragen werden soll. Es liegt demnach der Tiefbauverwaltung künftighin die Unterhaltung, Reinigung und Spülung der gesamten städtischen Kanäle einschließlich aller Nebenanlagen, insbesondere der Notauslässe, des Sandfanges am Hafen, der Düker in der Ström- und Alten Elbe, des Sandfanges der Pumpstation, der Kanalschächte und ihrer Abdeckungen, der Straßengullys etc., sowie die Unterhaltung und Räumung der als Vorflutgräben dienenden Wasserläufe innerhalb des Stadtgebietes. Es wird nun bei der Stadtverordnetenversammlung beantragt, sich mit der vorgeschlagenen Organisation einverstanden zu erklären, zur Verringerung der einmaligen Kosten für Beschaffung der erforderlichen Geräte den Betrag von 5000 Mark aus dem Kredit für den Sandfang zur Verfügung zu stellen und der Einstellung der in einer besonderen Zusammenstellung bezeichneten Ausgaben im Gesamtbetrage von 72 000 Mark in den Haushaltsplan für 1899 zuzustimmen.

Kleine Chronik.

Daß ein Mensch mit nur einer Lunge geboren worden sei, wurde unlängst als Unikum angeführt. Das Unikum nicht. Wie ein Arzt der Frankfurter Zeitung schreibt, sind bis jetzt 15 derartige Fälle bekannt.

Zwei Kinder eines Essener Arztes sind am Montag erstickt aufgefunden worden. Die Uenne der beiden Kinder hat sich erhängt; doch steht bis jetzt jede Aufklärung des verhängnisvollen Vorkommnisses.

Die studentischen Korporationen in Leipzig beabsichtigen die Errichtung einer Wisnarsäule. Die Kosten für den granitnen Denkstein sind auf rund 20 000 Mark veranschlagt worden. Sie werden natürlich von den Vätern der jungen Herren bezahlt.

2489 ausgezeichnete Männer wies das diesjährige Dresdenfest auf. Die Kreuzzeitung hat berechnet. Das genau stimmt, dafür können wir keine Garantie übernehmen. Ironie ist menschlich — selbst bei den Statistiken der Kreuzzeitung.

„Spähelemente“ heißen noch heute in Nürnberg amtlich (im Verwaltungsbericht der Stadt Nürnberg für das Jahr 1896, Nürnberg 1898, S. 271) die Geheimpolizisten.

Der volkswirtschaftliche Schriftsteller Dr. Rudolf Meyer ist in Darmstadt gestorben. Er hat ein wechselfolles Leben gehabt. Meyer war ein Schüler von Rodbertus und Wagner, namentlich schloß er sich Rodbertus in theoretischer Beziehung an. Die Bedeutung der sozialen Frage hatte er klar erkannt, und er bemühte sich, die konservativen Parteien für soziale Reformen zu Gunsten der arbeitenden Klassen zu gewinnen. Daß er mit diesen Bemühungen kein Glück hatte, ist bekannt. — Aus Frankfurt a. M. kommt die Kunde, daß dort am Sonntag, 15. d. M., Dr. Guido Weiß im Alter von 76 Jahren gestorben ist. Mit ihm ist wieder einer der verdienstlichsten Veteranen von 48 dahingegangenen. — In Budapest ist der Schriftsteller und Mediziner des Pesther Lloyd Dr. Adolf Silberstein, gestorben. Als Kunstkritiker und Uebersetzer hervorragender ungarischer Werke hatte er seit 30 Jahren eine ununterbrochene Thätigkeit entfaltet.

Der Direktor der Nordböhmischen Kohlenwerkgesellschaft Berggrat Scholz erlag sich am Sonntagabend im Eisenbahnzuge, wie man glaubt, in einem Anfall von Weisheitsfrenn.

Die Einwohnerzahl der Stadt Rom hat am 1. Januar eine halbe Million erreicht. Am 20. September 1870, dem Tage des Einzugs der Italiener, betrug sie nur 226 622.

Bücherschau.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Diez Verlag) ist soeben das 17. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der eigentliche Nährboden. — Justus Köfer als Geschichts-

philosoph. Von Paul Kampffmeyer. — Herr Oppenheimer, der neueste Uebersetzer des Marxismus. Von J. Karel. — Der Fall Höggen, eine niederländische Dreyfus-Affäre. Von W. v. Bliegen. — Ein Wort für die sozialistische Arbeiterpartei in Amerika. Von Franz Veltner (San Antonio, Texas). — Literarische Rundschau. — Freikolon: Kesselfische Streifzüge. Von Franz Wehling. (Fortsetzung.)

Von der Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Diez Verlag) ist uns die Nr. 2 des 9. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Schutz gegen die kapitalistische Ausbeutung, nicht Verbot der Arbeit. — Die Thätigkeit der Berliner Mittelpersonen zwischen Arbeitern und Fabrikbesitzern. — Die Frauenfrage im Alter. Von Vln Braun. II. — Uns der Bewegung. — Freikolon: Das Lied der Hunde, Das Lied der Wölfe. Zwei Gedichte von U. Weis. — Malda. Gedicht in Prosa von Turgenjew. — Notizen von Vln Braun und Alaca Jettin: Soziale Gesetzgebung. — Frauenkinnrecht. — Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Ausbeutungspraktiken in der weiblichen Schweiz. — Sozialistische Frauenbewegung im Auslande. — Frauenbewegung. — Die Gleichheit erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post bezogen (einbezogen) in der Reichspost-Zeitungsliste für 1899 unter Nr. 1033) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 35 Pfg., unter Kreuzband 85 Pfg.

Bereine, Versammlungen, Vergnügen.

Donnerstag, 19. Januar:
Musikverein Freundschaft Magdeburg-Nienstadt. Übungsstunde jeden Donnerstag im Restaurant „Gemeinschaft“, Schmitzbühlstraße.
Südenburger Arbeiter-Gesangverein. Jeden Donnerstag abends 8 Uhr Übungsstunde im Deutschen Hof, Michaelstraße 15.
Arbeiter-Lernverein Nienstadt. Übungsabende Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr im Weisen Hof.
Turnverein „Einigkeit“, Rudau. Jeden Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr Turnstunde in „Friedrichsplatz“, Leipzigerstraße.
Arbeiter-Gesangverein „Gleichheit“, Al.-Ueberleben. Jeden Donnerstag abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde bei Restaurant Nymus.
Radfahrerverein „Falke“ in Burg. Jeden Donnerstag Sonntagmorgen im „Höflicher“.

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.	
Haustrut und Saale.	
Ort	Jan. 1900
Strasbourg	+ 1.95
Trotha	+ 2.88
Wittenberg	+ 2.73
Burg	+ 2.25
Calbe, Oberpegel	+ 1.92
do. Unterpeg.	+ 1.84

Mulde.	
Ort	Jan. 1900
Dessau	+ 0.59
Muldebrühl	+ 0.45

Iser, Eger, Elbe, Saale.	
Ort	Jan. 1900
Jungbunzlau	+ 0.08
Yan	+ 0.08
Hindwels	+ 0.12
Brag	+ 0.11

Elbe.	
Ort	Jan. 1900
Pardubitz	+ 0.68
Brandeis	+ 0.25
Melitz	+ 0.14
Leitmeritz	+ 0.08
Mititz	+ 0.51
Dresden	+ 0.91
Torgau	+ 0.85
Wittenberg	+ 1.54
Hofslau	+ 0.86
Worby	+ 1.22
Schneeberg	+ 1.24
Magdeburg	+ 1.50
Zaigermünde	+ 1.71
Wittenberge	+ 1.76
Wittenberg	+ 1.02
Lauburg	+ 1.20

Saale.	
Ort	Jan. 1900
Dietzpegel	+ 2.20
do. Unterpegel	+ 1.71

Warthe.	
Ort	Jan. 1900
Bosen	+ 1.22
Mititz	+ 0.54

Buchhandlung Volksstimme.
Breiteweg Nr. 127.

[Soeben erschien in 2. Auflage:]

Handbuch
für Vereins- und Versammlungsleiter.

Zugleich ein Wegweiser für Reichstagswahlen.

Mit einem Vorwort, ausführlichem Sachregister und einem Anhang, enthaltend die für Agitation hauptsächlich in Frage kommenden Strafrechts-Paragrafen. Preis 30 Pfg. (Posto 3 Pfg.)

Wir empfehlen den Genossen die Anschaffung des Schriftchens aufs Wärmste.

Zu beziehen:

Durch die Holzporteur sowie die Buchhandlung Volksstimme.

Standesamt.

Magdeburg, 17. Januar.

Aufgebote: Bergmann Karl Ehrhardt mit Auguste Margarete Tade in Ufenberg. Arb. Hermann Franz Kramer mit Friederike Marie Schulze in Neuhaldensleben. Arb. August Koch mit Wilhelmine Geraborn geborne Reinecke, genannt Wille hier. Bautechniker Otto Duhl in Sudenburg mit Bertha Albrecht hier. Schuhmacher Albert Schilling mit Minna Schmidt hier.

Geburten: Margarete, T. d. Handelsmanns Gustav Schubert, Margarete, T. des Postkutschers Louis Nisse, Martha, T. des Postamtmärsers Richard Pöhl.

Willy, S. des Beruf. - Beamten Wilhelm Vollbrucht, Willy, S. des Tapeziers Paul Franz; Paul, S. des Arb. Adolf Meyer. Hellmuth, S. des Kaufm. u. vereid. Bücherrevisors Richard Blume, Kurt, S. des Buchbinders Ernst Neubauer. Günther, S. des Oberlehrers Albrecht Frühlmann. Hermann, S. des Kupferstechers Albert Kieck. Else, T. des Posthilfsboten Max Semmler. Lito, S. des Arb. Friedrich Kähler. Hildegard, T. des Kaufmanns Karl Heier. Hermann, S. des Baupolizeikommiss. Paul Schulz. Gertrud, T. des Schneidemärsers Karl Proppsch. Margarete, T. des Zahlmeisters Hermann Bier.

Todesfälle: August Heier, Blechschmied, 33 J. 4 M. 15 T. Hans, S. des

Schneiders Hermann Rudolph, 3 M. 11 T. Louis Lehmann, Arb., 49 J. 8 M. 22 T. Oskar Franke, Schlosser, 30 J. 8 M. 24 T. Wilhelmine geb. Krause, Witwe des Arb. Christian Krause, 79 J. 7 M. 21 T. Martha, T. des Lokomotivführers Aug. Stelzenbach, 14 J. 6 M. 12 T. Editha, T. des Kaufm. Karl Winter, 3 M. 9 T.

Sudenburg, 17. Januar.

Geburten: Erna, T. des Buchbinders Karl Beck. Martha, T. des Hilfsbreiters Hugo Benthan. Else, T. des Arbeiters August Kozik. Friedrich, S. des Arbeiters Friedrich Krause. Theresia, T. des Kaufm. Karl Winter, 3 M. 9 T.

Todesfälle: Frieda Emma, unehel., 2 M. 21 T. Marie, geb. Doerde, Witwe des Kanzleirats Adolf Wendrich, 70 J. 8 T. Martha, T. des verstorbenen Tischl. Otto Dlegmann, 3 M. 28 T.

Rudau, 17. Januar.

Aufgebote: Schmidt Karl Wilhelm Hübner mit Anna Marie Helene Niederroth hier.

Geburten: Wally, T. des Blechschmieds Robert Lindau.

Todesfälle: Auguste, geb. Hoffmann, Ehefrau des Fabrikanten Andreas Gehardt, 61 J. 25 T. August Wöhrling, Restaurateur, 47 J. 11 M. 28 T.

Nienstadt, 16. Januar.

Aufgebote: Schneider Joachim Friedr. Wilhelm Schulze mit Emma Theresie Luise Steinbock.

Geburten: Ella, T. des Kaufmanns Hermann Rood. Kurt, S. des Maurers Hermann Ruppel. Hermann, S. des Kgl. Schuhmanns Karl Weitemeyer. Albert, S. des Arbeiters Albert Jörn. Willy, S. des Schmieds Wilhelm Kury. Willy, S. des Hilfsbreiters Max Kury. Anna, T. des Posthilfsboten Willy Hübner. Wilhelm, S. des Formers Wilhelm Diederich. Heinrich Wetteborn, 2 M. 18 T. Willy, S. des Fabrikarbeiters Ludw. Mähenhufen, geb. Maß, hier.

Gertrud, T. des Zimmerers Karl Gabel. 1 J. 7 M. 23 T. Christian des Schuhmachers Christian Dahl, Marie, geb. Waring, 31 J. 25 T. Schuhmachermeister Karl Döhning, 74 J. 4 M. 11 T.

Vom 17. Januar

Aufgebote: Gasarbeiter Willy Friedr. Häfer mit Margarete, Minne Baumann.

Geburten: Walter, S. des Schneidemärsers Karl Diebel. Heinrich, S. des Gehilfsleiters Heinrich Kreuz. Toni, T. des Zimmermanns Hermann Gose. Karl, S. des Schmieds Karl Wiehe. Klara, T. des Blechschmieds August Wiesner. Edith, T. des Hülfsleiters Adolf Klemer.

Todesfälle: Hedwig, T. des Tagelöhners Friedrich Gieseler, 2 J. 5 M. 16 T. Kurt, S. des Konditors Fritz Knes, 10 J. 3 M. 28 T.

Groß-Ueberleben.

Aufgebote: Arbeiter Robert Schütze mit Auguste Rodahr hier. Maurer Karl Hoppe mit Bertha Schrader hier. Maurer Heinrich Wiegert in Diesdorf mit Wwe. Ernestine Fongohr, geborne Gerlich, in Ufenenden.

Geburten: Frieda, T. des Magazinverwalters Gott. Bachmann hier. Marianna Elisabeth, T. des Bautechnikers Aug. Demmelwisch hier. Gertrud Frieda, T. des Schlossherrmann Benede hier. Minna Emma Marie Elisabeth, T. des Arbeiters Wilhelm Fahrenhauer hier. Bertha Emma Martha, unehelich. August Ernst, S. des Zimmerers August Vollmering aus Ufenenden. Else Charlotte, unehel. Martha Luise Minna, T. des Formers Karl Kert hier. Frieda Selma, T. des Schuhmachers Friedr. Eggstein hier. Hulda Anna, T. des Weberschmieds hier. Walter Erich, S. des Zimmerers August R. de hier. Erna Frieda, T. d. Tagelöhners Andr. Schmidt hier. Bertha Anna, T. des Arbeiters Friedrich Schindler hier. Hermann Emil August, S. der Wwe. Bertha Schenkow geb. Maß, hier. Olga Minna, unehelich.

Willy Paul, unehel. Martha Elisabeth, Todefälle: Jurede. Walter Richter in Ufenenden, 8 M. 9 T. Erich Friedr. Hoppe in Ufenenden, 1 M. 21 T. Aug. Gustav Schaefer hier, 4 M. 27 T. Werh. Georg Günther Hocke hier, 10 M. 22 T. Ehefrau Ida Selma Renate Hocke geb. Volme hier, 29 J. 1 M. 2 T. Konrad. Kind Salomon in Ufenendorf, 21 J. 29 T. Am Jahre 1898 sind: 98 Ehen geschlossen, 417 Geburten und 240 Sterbefälle gemeldet.

Burg, 13. Januar.

Geburten: Sohn des Handbuchmachers Karl Wolff. S. des Schmieds Hermann Warrsch. S. des Drechslers Gustav Hanisch. Ein Sohn unehel. Tochter des Kohlenrers August Wörge. Tochter Reichsanwalters August Klein.

Vom 14. Januar.

Geburten: Maurer Otto Ernst Theodor Kraut mit Selma Wiegert. Todefälle: Verkauferin Marie Kuhne 22 J. 7 M. 11 T. Wwe. des Privatmanns August Riege, Elisabeth, geb. Wöber, 67 J. 28 T. Erna, T. des Arbeiters Wilhelm Penning, 9 M. 3 T.

Vom 16. Januar.

Geburten: Zwillingssöhne d. Maur. Hermann Wale. Sohn des Schuhmachers Karl Pirwold. Tochter des Arbeiters Janak Jagadowski. Tochter, unehelich. Todefälle: Witwe des Sattlermeisters Tapeziere August Schulze, Friederike geb. Dieringer, 77 J. 2 M. 9 T. Ehefrau des Schlossers Karl Otto, Bertha geb. Förster, 26 J. 9 M. 8 T. Helene, T. des Schuhmachers Wilhelm Richterberg.

Neuhaldensleben.

Aufgebote: Hauslerohrn P. Laziz in Dr. - Dobern mit Hauslerohrter S. Fagge in Brunnig-Schwonne. Katasterzeilige M. J. Hermann hier mit E. U. Martin in Ufenendenleben. Arb. S. J. Kremer mit J. M. S. age hier.

Roman von Ferdinand Bernhart.

„Zuletzt mußte er sich jedoch einen Moment fügen, und aus dem simplen Maschinenbauer wurde plötzlich ein Student. Keiner war über diese Metamorphose mehr erfreut, als Lissy. Mehlens, die mit immer größerer Härlichkeit an ihrem ersten Freunde hing und sich tagtäglich in aller Unschuld auf ihren Spaziergängen kleine Meidenovons mit ihm gab. Sie war ja noch immer ein Kind und auch Hermann wußte von praktischen Leben und seinen unerbittlichen Forderungen so wenig, daß es ihm niemals in den Sinn kam, man könne etwas Unschönes in diesem harmlosen Verhältnis finden. In jene glückliche, sorglose Zeit war denn auch die kleine Affaire mit dem Hund gefallen, von der Gerhard schon im Wiederstübchen seines Freundes Kenntnis erhalten hatte, und gerade diese Episode war besonders charakteristisch für die Unschuld ihres gegenseitigen Verkehrs und für die Ernsthaftigkeit, mit welcher Hermann seine ritterlichen Pflichten dem jüngeren Mädchen gegenüber aufnahm.“

Keines der jugendlichen Menschenkinder hatte eine Ahnung gehabt von dem Gewitter, das sich drohend über ihren Häuptern zusammenzog und das all ihren schönen Träumen und ihrem ungetrübten Glück ein jähes Ende zu bereiten drohte. Durch irgend eine Verräterei, deren Urheber sie niemals kennen lernten, erhielt Ludwig Mehlens Kenntnis von ihrem freundschaftlichen Verhältnis, und er geriet darüber in einen Zorn, welcher seiner Tochter unbegreiflich schien. Die Consequente, deren ungenügende Wachsamkeit in erster Linie verantwortlich zu machen war, wurde auf der Stelle entlassen und dem alten Sebald wurde sehr energisch bedeutet, daß er seinen Sohn auf das Ungehörige seines Beginns aufmerksam zu machen habe, sofern ihm daran gelegen sei, noch länger in den Diensten seines ehemaligen Schulkameraden zu bleiben. Zum ersten Male seit mehr als zwanzig Jahren kam es bei dieser Gelegenheit zu einer etwas heftigen Auseinandersetzung zwischen ihnen. Die Erniedrigungen und Demütigungen, wie sehr sie ihm selbst galten, hatte Sebald stets geduldig hingenommen, wie sehr ihm auch mitunter das Herz darunter bluten mochte; als er den hochmütigen Kaufmann jetzt aber in demselben verächtlich wegwerfenden Ton auch von seinem Sohne reden hörte, da empörte sich sein gerechter Vaterstolz gegen solchen verlegenden Dünkel und er konnte sich nicht enthalten, seinen Brothern an die eigene Vergangenheit und an jenen Tag zu erinnern, da er als ein Hilfe heischender Verzweifelter an seine Thür geklopft hatte. Ueber die Wirkung seiner Worte wäre er beinahe selbst erschrocken, denn noch niemals hatte er zwei Menschenaugen mit so haßfunkelndem Ausdruck auf sich gerichtet gesehen, als es dasjenige Ludwig Mehlens in diesem Augenblick war. Er hatte nichts anderes erwartet, als daß jener ihm sofort seinen Dienst aufkündigen würde, und er war vollkommen darauf gefaßt gewesen, aber nachdem er eine kleine Weile vergeblich nach Worten gerungen hatte, schien sich Mehlens plötzlich einer anderen Besonnenheit zu haben, denn er sagte nur mit etwas zweideutiger Betonung:

„Ich werde das nicht vergessen, Herr Sebald“ — und winkte ihm mit der Hand, sich zu entfernen. Und er hatte es ihm in der That nicht vergessen, wenn auch Monate vergingen, ehe der Beklagenswerte eine volle Aufklärung über die eigentliche Bedeutung seiner Worte erhalten sollte!

Die erste Folge jener Unterredung war die, daß Ludwig Mehlens seine Tochter auf Schritt und Tritt heimlich beobachtete ließ, und daß er sie infolge dessen eines Tages in eigener Person überraschen konnte, als sie trotz seines Verbotes abermals an Hermann Sebalds Seite durch das Stadtwäldchen ging. Es war durchaus kein verabredetes Stellbischen, sondern nur ein rein zufälliges Zusammentreffen gewesen; aber Lissy hatte sich von ganzem Herzen darüber gefreut und hatte den jungen Mann, der durch eine Andeutung seines Vaters von dem Vorgefallenen unterrichtet war und sich rasch entfernen wollte, um ihr keine Unannehmlichkeiten zu bereiten, mit Bitten und Breden zurückgehalten. Mitten aus der heitersten Unterhaltung riß sie Ludwig Mehlens Erscheinung. Er hatte offenbar längst auf einen solchen Moment gewartet, um die ganze Schale seines Ingrimmes über das Haupt des jungen Schwelgers ohne Rücksicht auf den öffentlichen Ort, an dem sie sich befanden, und auf die Zeugen, die ihre Unterhaltung möglicherweise haben konnte, schimpfte er Hermann in der schamlosesten Weise, und es war ein Glück für ihn gewesen, daß seine Füße zugegen gewesen war, und daß sie mit bittend erhobenen Händen dazwischen treten konnte, als Hermann auf den beleidigten Lossprang, um ihn zu Boden zu schlagen. Der flehende Blick ihrer schönen, in Thränen schwimmenden Augen brachte den jungen Techniker noch rechtzeitig zur Besinnung; er ließ die zum Schlage erhobene Faust sinken, maß seinen Gegner mit einem Blick der tiefsten Verachtung und ging, ohne ein Wort zu sagen, davon. Wenige Tage später reiste Lissy in Begleitung ihrer Tante nach der Hauptstadt ab, um in einer dortigen Pension untergebracht zu werden. Ludwig Mehlens aber erachtete es für unter seiner Würde, auf die Herausforderung zum Zweikampf, die ihm Hermann zugehen ließ, irgend welche Antwort zu geben.

Das war die Vorgeschichte jener Katastrophe gewesen, welcher der unglückliche Comptoirdiener zum Opfer fallen sollte.

Wie es seit mehr als zwei Jahrzehnten stets der Fall gewesen, war er auch an dem verhängnisvollen Tage als der erste in das Comptoir gekommen, und bald nach ihm war der erste Kassierer erschienen, ein alter Beamter des Hauses, der ebenfalls in Ludwig Mehlens Dienst ergaucht war. Alter Gewohnheit nach hatte er zunächst den großen Geldschrank

geöffnet, um sich zu überzeugen, daß alles in Ordnung sei, und nachdem er sich durch einen flüchtigen Blick vergewissert hatte, daß nirgends etwas auffälliges zu bemerken sei, hatte er sich noch einmal für eine kurze Zeit aus dem Kassenzimmer entfernt, den alten Sebald allein in demselben zurücklassend. Etwa zehn Minuten später war er zurückgekehrt, und gleich darauf hatten sich auch die übrigen Buchhalter und Kommis rasch nach einander eingefunden. Im Laufe des Vormittags aber hatte der Kassierer dann eine gar schlimme Entdeckung gemacht. Ein Bündchen mit Banknoten im Gesamtbetrag von mehreren tausend Thalern, das er am verflochtenen Abend in den Geldschrank gelegt hatte, war spurlos verschwunden.

(Fortsetzung folgt.)

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Gerhart Hauptmann hat für sein Stück „Zuhrmann Henjchel“ den Grillparzerpreis (2400 Gulden) einstimmig zugesprochen erhalten. Vor drei Jahren erhielt er den gleichen Preis schon einmal für sein „Hannele“. In ca. 170 Städten ist „Zuhrmann Henjchel“ zur Aufführung erworben worden.

Walter Crane, der neue Kunstdirektor des South Kensington Museum ist kürzlich interviewt worden. „Mein Vater war ein Maler und ich begann als Maler“, so jagte Walter Crane nach der Justice, „aber ich zeigte sehr früh Sinn für das Zeichnen, was auch seitdem den ersten Platz bei mir behauptet hat, obwohl ich mich immer bemühte, mein Malen mit meinen anderen Arbeiten fortzuschreiten zu lassen. Als mein Vater starb — ich war damals 10 Jahre alt — wurde ich Zögling von dem kürzlich verstorbenen William James Linton, dem berühmten Meister im Holzschnitt, und meine Verbindung mit ihm führte mich auf den Weg der Buchillustration. Einige sonderbare Arbeiten kamen mir damals in den Weg. Ich pflegte die Zeichnungen in Handelskatalogen und in medizinischen Werken zu machen. Es ist kein Zweifel, daß das eine außerordentliche Gewandtheit im Zeichnen bewirkt. Ferner besuchte ich damals mit großer Vorliebe die Zoologischen Gärten, und ich hielt mich daraufhin einige Zeit ausschließlich für die Tiermalerei geeignet. Ich muß sagen, daß nach meiner Meinung den Tierstudien weder in den Schulen noch außerhalb derselben die genügende Aufmerksamkeit gewidmet wird.“ Walter Crane ist bekanntlich ein ebenso überzeugter Sozialist wie großer Maler, dem die Arbeiterschaft eine Anzahl der schönsten und inhaltreichsten Kunstblätter verdankt.

Der reiche Brauer Karl Jacobsen in Kopenhagen hat erklärt, er wolle seine Sammlung antiker Kunstwerke, die einen Wert von 8 bis 10 Millionen Mark repräsentieren, dem Staate schenken, wenn dieser ein passendes Terrain und eine Million Kronen für Ausführung eines neuen Museums zur Verfügung stelle.

Ein Observatorium wird von der ägyptischen Regierung auf den Makattam-Hügeln unweit Kairo eingerichtet.

Mit Unterstützung des New-Yorker botanischen Gartens wird eine wissenschaftliche Expedition ausgerüstet, die unter Führung des Botanikers A. Heller nach Portorico gehen und eine vollständige und systematische Aufnahme der dortigen Flora ausführen soll.

Heiteres.

Boshaft. A.: „Denke Dir, bei Wehlers hat der Blitz ins Haus geschlagen, sie hat die Sprache und er das Gehör verloren.“ B.: „Welche grausame Ironie des Schicksals?“ A.: „Wie? Du meinst Du das?“ B.: „Nun hat der Mann doch gar nichts vom Schweigen seiner Frau!“

Routine. „Ist der Schulze eigentlich ein routinierter Jäger?“ „Und ob! Der vergißt nie, den Preiszettel vom Hasen zu entfernen.“

Belehrung. Professor (in der ländlichen Sommerfrische zu seinem kleinen Jungen): „Das Kalb ist kein in sich abgeschlossener Begriff, es wächst sich vielmehr mit den Jahren zum Ochsen aus.“ (Morgend. hum. Bl.)

Gemüthlich. Sie: „Du, Franzl, wozu steckst Du denn den Schlagring ein?“ Er: „Ich hab mit dem Nachbar etwas zu besprechen!“ (Stieg. Bl.)

Köller und Mofse.

Herr v. Köller hat einen Angestellten der Inseratenfirma von Rudolf Mofse in Habersleben empfangen und der Begegnung erzählt im Berliner Tageblatt nette Einzelheiten von dieser denkwürdigen Unterredung.

Ort der Handlung: Ein Gasthaus in Habersleben. Zeit: Spätabend nach dem Fackelzug. Personen: GK, zwei Männer mit Orden, ein Mann aus dem Volke, der Interviewer.

v. Köller (zum Interviewer): Sind Sie bei dem Kommerz gewesen?

Der Interviewer: Ja.

v. Köller (grüßend): Sind Sie der Herr, der im Berliner Tageblatt in dem Sinn geschrieben hat, daß Sie sich erst persönlich davon überzeugen wollen, ob meine Maßnahmen notwendig sind oder nicht?

Der Interviewer: Ja.

Der Mann aus dem Volke: Kann ich noch eins trinken, Herr Präsident?

v. Köller: Das ist das erste vernünftige Wort, das ich über die ganze Sache in der freisinnigen Presse bisher gelesen habe. (Großartig.) Ich bin nun anderthalb Jahre hier, reise herum, studiere alle einlaufenden Berichte und habe die Erfahrungen für mich, die ich schon unter ähnlichen Verhältnissen in den Reichslanden gesammelt habe, und doch behauptet die freisinnige Presse, ich verstände von den Dingen hier nichts. Die Herren von der Presse selber aber maßten sich ein sachgemäßes Urtheil schon nach vier Tagen an.

Der Interviewer: Darauf gehe ich nicht aus. Ich will nur schildern, was ich sehe und höre.

Der Mann aus dem Volke: Kann ich noch eins trinken, Herr Präsident?

v. Köller (Verhall nickend): Die Regierung ist dankbar für solche Berichte in einem sonst regierungsfeindlichen (der Interviewer strahlt!) Blatte, die nur der allgemeinen Aufklärung dienen und die doch immerhin finanzielle Opfer kosten.

Der Mann aus dem Volke: Kann ich noch eins trinken, Herr Präsident?

v. Köller: Wenn Umtriebe wie hier in Schleswig in einem anderen Lande, etwa in Frankreich, vorkommen würden, so würde die ganze Presse auf der nationalen Seite stehen.

Der Interviewer: Das thut doch wohl die Redaktion des Berliner Tageblattes auch.

v. Köller: Meine Politik hat auch schon gute Folgen gezeitigt.

Der Mann aus dem Volke: Kann ich noch eins trinken, Herr Präsident?

v. Köller: Meine ständige Versammlung ist seit sechs Wochen mehr vorgekommen. Nur die Unruhe stiftenden Ausländer will ich treffen. Wenn in meinem Hause ein Fremder sich des Gastrechts unwürdig zeigt, dann weise ich ihn eben die Thür. Ich bin kein graulames Tier und habe mit den gewiß hart betroffenen Opfern selber Mitleid. Aber wie es mit der Ausländererei in Schleswig bestellt ist, die ich, wenn sie sich ruhig verhält, gewiß gattlich dulden will, davon macht sich, wer nicht in die amtlichen Berichte sieht, keinen Begriff.

So giebt es Familien, die erst als Optanten nach Dänemark ausgewandert sind und deren dorthin mitgebrachte Kinder also waterlandslos wurden. In Dänemark wurden ihnen wieder Kinder geboren, und als die Eltern mit diesen nach Schleswig zurückkehrten, verloren auch diese ihre Staatsangehörigkeit — das heißt, die von Dänemark. Unter den so zum dritten male veränderten Verhältnissen wurden ihnen abermals Kinder geboren, alles also in Schleswig lebende Ausländer. Berechnet man, daß diese Kinder nun wieder Kinder bekommen haben, die ebenfalls keine Staatsangehörigkeit besitzen, so kommen auf diesen Teil allein 40 000 in Schleswig lebende Ausländer. Es muß anders, es muß Ruhe werden!

Der Mann aus dem Volke: Kann ich noch eins trinken, Herr Präsident?

Der Interviewer: Aber hat die Gewaltpolitik nicht die Sozialdemokratie gestärkt?

v. Köller (nach einigem Nachdenken, tief sinnig): Die Sozialdemokraten sind — heimatberechtigt!

Der Interviewer: Die Dänisch-Gesinnten drohen, die deutschen Kaufleute zu boykottieren.

v. Köller (mit lauter Stimme, so daß die Orden auf seiner Brust klirren): Das sollen sie einmal wagen... Uebrigens ist die Wurzel des Übels, daß die dänisch sprechende diesseitige Bevölkerung, selbst wenn sie in der Gesinnung deutsch ist, doch darauf angewiesen ist, die dänischen Zeitungen zu lesen, und eben diese Zeitungen sind die unaufhörlichen Förderer für die dänische Sache.

Der Interviewer: Dann giebt es ja ein gutes Mittel...

Der Mann aus dem Volke: Kann ich noch eins trinken, Herr Präsident?

Der Interviewer (fortfahrend): Es müßte in Schleswig-Holstein eine Zeitung gegründet werden, die zwar in dänischer Sprache, aber in deutschem Sinne zu erscheinen hätte — und natürlich auch in einer populären, namentlich den Bedürfnissen der Landbewohner...

Der Mann aus dem Volke: Kann ich noch eins trinken, Herr Präsident?

Der Interviewer (fortfahrend): ...entsprechenden Schreibart.

v. Köller (eifrig): Das ist es! Das sagen Sie mal Herrn Mofse! Das soll er thun! Der kann's!

Der Mann aus dem Volke (lallend): Mofse, Hurra! Hoch!

Die zwei Männer mit den Orden (leise, eindringlich): Sie haben hier ruhig zu sein! Seien Sie still!

Der Mann aus dem Volke (begeistert): Geben Sie mir höhere... Getreidepreise... Herr Präsident. Sie... find... mein F... reund, Herr Prä... fi... deut. K... K... ann ich noch eins trin... fen... Herr P... rä...

(Seine Stimme erstickt in Thränen der Rührung. Er umarmt Herrn v. Köller und wird von den Männern mit den Orden hinausgebracht. Der Vorhang fällt.)

Der Leser dieser Komödienscene wird glauben, daß wir sie erfunden haben. Keineswegs! Wir haben sie wörtlich nach dem Berliner Tageblatt gebracht und ihr nur die dramatische Form gegeben; einzelne Anweisungen für den Regisseur, der diese untergezeichnete Scene anzuführen gedenkt, haben wir uns allerdings hinzuzufügen gestattet.